



Modell Deutschland '81

Arbeitslosigkeit Lohnraub Ausländerhetze



Betriebsbesetzung bei Enka in Kassel

Jahrelang haben die westdeutschen Unternehmer, Bankiers und Politiker ihr Land als ein ökonomisches Modell für die „freie Welt“, als ein Muster von kapitalistischer Tugend dargestellt. Vor etwas über einem Jahr prahlte Helmut Schmidt in einem Interview im britischen *Economist* (29. September 1979) mit der deutschen Wirtschaft und ihrer „besseren Leistungsfähigkeit, relativ gesehen, im Vergleich zu anderen“.

Aber heute singt die herrschende Elite ein ganz anderes Lied: die „fetten Jahre“ sind vorbei, die Deutschen konsumieren zu viel und produzieren zu wenig. Wirtschaftsfachleute prophezeien ein fallendes Sozialprodukt, 2 Millionen Arbeitslose im nächsten Jahr, sinkende Reallöhne. Und Gesamtmetall begann die Lohnrunde 1981 mit dem provokativen Angebot von 2,5 Prozent – weniger als die Hälfte der vorjährigen Inflationsrate. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff begründete die zähen Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP folgendermaßen: „Das liegt daran, daß zum erstenmal eine Koalitionsvereinbarung im wesentlichen aus Streichungen und Einsparungen besteht“ (*Der Spiegel*, 17. November 1980). Einstellungsstop im öffentlichen Dienst, soziale Einsparungen, weniger netto in der Lohntüte seit 1. Januar. Im Poststreik hat die bürgerliche SPD/FDP-Koalition bereits gezeigt, wie erbittert sie gegen „Reformen, die was kosten“ zu kämpfen gedenkt. Und nicht nur die Koalition „spart“. Hoesch-Estel strich den geplanten Bau eines Oxygenstahlwerks in Dortmund, was zur Verschärfung der ernsten Strukturkrise im Ruhrgebiet führen wird. (Und seit dem Sommer ist selbst die heilige Kuh der Gewerkschaften, die Montanmitbestimmung, in Frage gestellt: unter heutigen Bedingungen wird die paritätische Mitbestimmung zu einem zu teuren Spaß für die Bourgeoisie.)

Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl sieht schwarz und prophezeit ein Zahlungsbilanzdefizit auf Jahre hinaus. Den einzigen Ausweg sieht er in massiven Kapitalinvestitionen, um die Exporte zu verbilligen. Was eine Steigerung

des Konsums angeht, meint er: „Real bleibt für einige Zeit sicherlich wenig oder nichts mehr übrig“ (*Der Spiegel*, 15. Dezember 1980).

Zwar hat der westdeutsche Kapitalismus bisher die „britische Krankheit“ der ständigen Streiks vermeiden können, und die westdeutsche Inflationsrate bleibt niedrig im Vergleich mit Italien, USA oder Britannien, aber die Bourgeoisie spricht heute von der „schwedischen Krankheit“ des hohen Lohnniveaus, übermäßiger Freizeit und zuviel Sozialleistungen, die sich die Wirtschaft *nicht mehr länger* leisten kann. Einer kürzlich erschienenen Studie der Deutschen Bank zufolge sind die Arbeitskosten (einschließlich der zusätzlichen Sozialleistungen, Arbeitslosenversicherung usw.) heute die höchsten in der Welt, sogar höher als in Schweden. Die Kapitalisten beklagen sich nicht nur, daß die deutschen Arbeiter zu hoch bezahlt sind, sondern auch, daß sie zu faul geworden sind. Das Kölner Wirtschaftsmagazin *Capital* jammert: „Der fleißige und hart arbeitende Deutsche ist ein Relikt der Vergangenheit, so zeitgenössisch wie ein Neandertaler.“

Und die Wirtschaftskreise regen sich sogar noch mehr über das Ausmaß an Etatdefiziten und die durch sie finanzierten Sozialleistungen auf. Kurt Richebächer, der Generalbevollmächtigte der Dresdner Bank, hört sich zum Beispiel wie ein Milton Friedman oder eine Margret Thatcher an:

„Der deutschen Regierung ist es gelungen, die deutsche Wirtschaft ihrer Leistungsfähigkeit zu berauben. Der einzige Weg für die Lösung unserer Probleme ist die Reduzierung der öffentlichen und privaten Ausgaben, um die Mittel freizumachen, die für Investitionen benötigt werden“ (*Business Week*, 24. November 1980).

„Wirtschaftswunder“ in den siebziger Jahren: Export der Arbeitslosen

Als die OPEC im Frühjahr 1974 und in der Weltwirtschaftskrise 1974/75 die Ölpreise vervierfachte, gab es viel

Gerede, daß die BRD ihre bisherige ökonomische Gesundheit nicht wiedererlangen würde. Aber im Gegensatz zu solchen Erwartungen schaffte es Westdeutschland, seinen Anteil am Weltexport zu erhöhen und allmählich aus der Talsohle von 1975 herauszuklettern. 1977 verkaufte die BRD den arabischen Ölscheichs und Militärs soviel Fertigwaren, wie es von ihnen Öl kaufte.

Westdeutschland erreichte diesen Exportzuwachs über die Rationalisierung seiner Industrie durch *arbeitsparende* Investitionen. Zwischen 1973 und 1978 sank die Anzahl der Industriearbeiter etwa um 8 Prozent von 9,5 auf 8,8 Millionen, während die Produktion erheblich anstieg (*International Labor Office – ILO, Yearbook of Labor Statistics*, 1980). Wenn man sich diese überraschende Zahl anschaut, sollte man annehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe geschneit sein muß. Der Etat der Sozialleistungen hätte sich konsequenterweise vervielfachen müssen, vor allem aufgrund der relativen Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Westdeutschland. Der enorme Druck der Reservearmee der Arbeitslosen hätte dazu führen müssen, das allgemeine Lohnniveau zu drücken. Außerdem wären Hunderttausende von arbeitslosen Industriearbeitern ein gewaltiger Herd für soziale Unruhe und politische Unzufriedenheit.

Aber in Wirklichkeit passierte nichts von alledem. Warum nicht? Die Antwort ist einfach: der westdeutsche Kapitalismus war in der Lage, einen sehr großen Teil von Arbeitslosen in die Türkei, nach Jugoslawien, Griechenland, Nordafrika usw. zurückzuschicken. Durch Abschiebungen und andere Maßnahmen zwischen 1974 und 1979 sank die Anzahl der ausländischen Arbeiter in der BRD um ungefähr 20 Prozent oder 400 000 (hauptsächlich Industriearbeiter), eine Zahl, die *fast doppelt* so hoch ist wie der Anstieg der einheimischen deutschen Arbeitskräfte von 250 000 (*Organization for Economic Cooperation and Development – OECD, Economic Survey: Germany*, Mai 1980). Wenn es

Fortgesetzt auf Seite 8

Hoesch: Kampf um Arbeit.. 5



Schauprozeß in Peking... 6

Westberlin instand- besetzen?.. 3



GIM fordert SPD/DGB-Einfluß in Polen



Die polnischen Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung, nicht Loderer und Kluncker

Nach der Rückkehr einer Delegation der *SoGePo* (*Sozialistische Gewerkschaftspolitik*) aus Polen lancierte die GIM im Dezember einen von Gewerkschaften unterzeichneten Aufruf an den DGB, er möchte Solidarność offiziell anerkennen und materiell unterstützen (*was tun* Nr. 301, 18. Dezember 1980).

Die GIM wollte eine „breite gewerkschaftliche Aktion“ starten, und breit wurde sie in der Tat. Als erste Organisation griffen die schwarz-rot-goldenen Maoisten der Marxisten-Leninisten Deutschlands (MLD) die Initiative auf, im Rahmen ihrer Politik, „das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes und die Souveränität der polnischen Nation zu gewährleisten“ (*die achtziger Jahre*, Nr. 22/23, 17. Dezember 1980). Auch der geschworene Feind des „Sozialimperialismus“ (und selbst erklärte Gegner des Klassenkampfes), Heinz Brandt, setzte seine Unterschrift unter den Appell.

Eine Polen-„Solidaritäts“-Resolution, die sowohl von vorgeblichen Trotzlisten als auch von glühenden Verfechtern der NATO unterzeichnet werden kann, zeigt, daß die GIM mit dem Trotzismus nichts gemein hat. Der Appell der GIM, der DGB solle sich in Polen einmischen, bedeutet nichts anderes, als eine prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie zur Durchführung einer sozialen Konterrevolution aufzufordern. Das gleiche gilt für die Kritik der GIM an der SPD, die sie in den Wahlen unterstützte, „nichts für die Errichtung einer sozialistischen Demokratie in der DDR zu tun“ (*was tun* Nr. 295, 11. September 1980). Die Aufgabe von wirklichen Trotzlisten aber ist es, die proletarischen Grundlagen der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus

und seine sozialdemokratischen Vasallen bedingungslos zu verteidigen!

Die polnische Situation schreit nach einer revolutionären Führung, die auf der Grundlage des staatlichen Eigentums und der Planwirtschaft den Kampf zum Sturz der stalinistischen Bürokratie — aber auch zur Zerschlagung der Macht des reaktionären katholischen Klerus aufnimmt. Aber die polnische Arbeiterklasse braucht Loderer und Kluncker, den Apologeten der türkischen Junta, ebensowenig wie Kania oder Walesa, den Protegé des Papstes.

Portugal ist ein Beispiel eines kapitalistischen Landes,

Herzlichen Glückwunsch zur Monatszeitung!



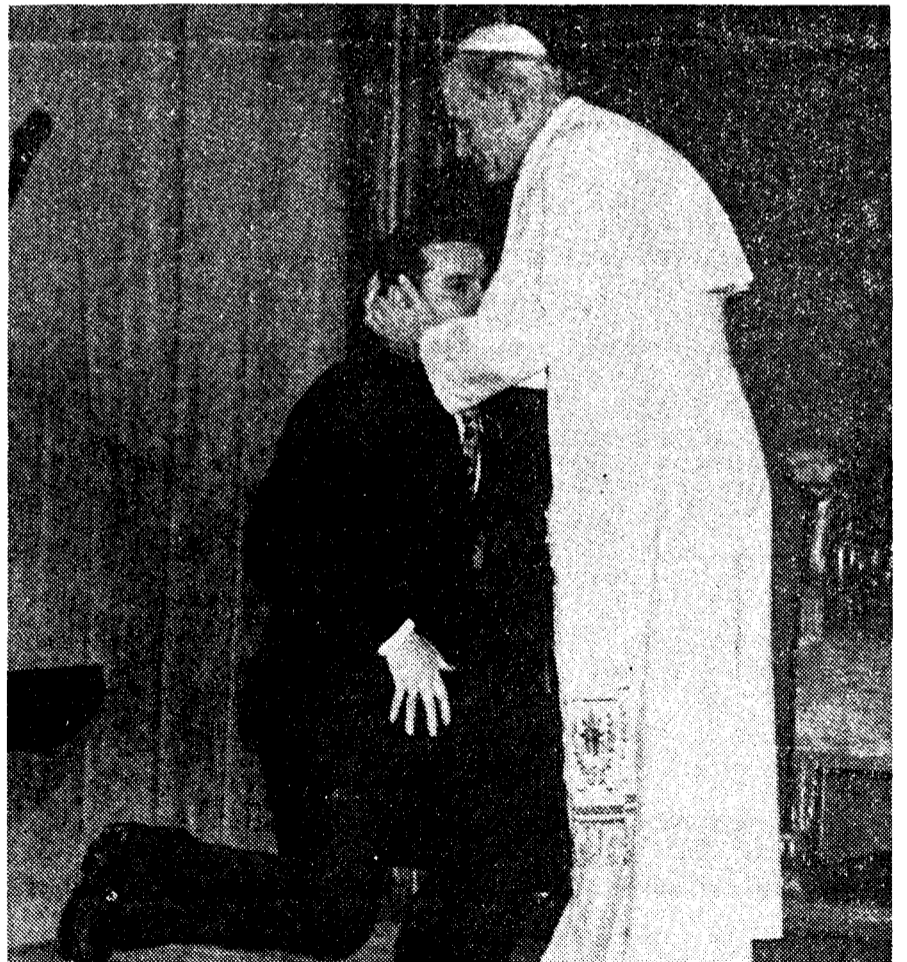
Monatszeitung der Ligue trotskyste de France, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Abonnement (9 Ausgaben) DM 15,—

Zu beziehen über:

Postfach 16747, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Lech Walesa, im Vatikan, erhält den Segen Papst Wojtylas. Für die italienischen Gewerkschaften, die den klerikal-nationalistisch geprägten Führer von Solidarność eingeladen hatten, war außer Spesen nichts gewesen



wo die SPD ihr Teil dazu beitrug, eine potentiell revolutionäre Situation zu zerschlagen. Die GIM geht noch weiter, sie fordert die sozialdemokratische DGB-Führung auf, in einem *deformierten Arbeiterstaat* einer Restauration des Kapitalismus den Weg zu bereiten. Damit tritt die GIM in die Fußstapfen der reformistischen ISA (Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation) Pierre Lamberts, die sich als Erfüllungsgehilfe einer sozialdemokratisch angeführten Konterrevolution betätigt („Bedingungslose Wiedervereinigung Deutschlands“).

Bauern-Solidarität: Instrument der Kulaken

Die revisionistischen Claqueure für Solidarność berufen sich auf deren proletarische Zusammensetzung, als ob dies ein Talisman gegen eine konterrevolutionäre Füh-

rung und reaktionären Einfluß wäre. Wir haben stets davor gewarnt, daß die Führer der neuen Gewerkschaftsbewegung von klerikal-nationalistischer Ideologie motiviert sind; sie sehen sich selbst als Vorkämpfer des gesamten polnischen Volkes gegen das von den Russen aufgezwungene System (das auf der Enteignung der Produktionsmittel beruht; eine historische Errungenschaft, wenn auch durch die Herrschaft einer parasitären stalinistischen Bürokratie deformiert). Das zeigt sich auch an der vollen Unterstützung von Solidarność für die Bauernbewegung; Solidarność ist sogar bereit, für die Bauern-„Solidarität“ zu streiken.

Eines ist klar: die Privatbauernschaft ist diejenige soziale Gruppe, die zur Regeneration einer kapitalistischen Klasse in Polen fähig ist. Und die Forderungen der „Land-Solidarität“ gehen ziemlich weit, was eine zukünftige Wiederherstellung kapitalistischer Strukturen in der Landwirtschaft angeht: keine Beschränkung des An- und Verkaufs von Land; das Recht, Land an seine Kinder oder andere zu vererben; die Reprivatisierung von Land, das der Staat den Kooperativen übertragen hat etc. Wenn dieses Programm durchgeführt würde, käme es schnell zur Herausbildung einer starken Klasse von Kulaken.

Die Fürsprache der katholischen Kirche für diese Bauerngewerkschaft führt auch das Argument der GIM ad absurdum, daß sich „die katholische Kirche Polens im engen Bündnis mit den in diesem Land Herrschenden — der Bürokratie“ befinde (*was tun* Nr. 303, 29. Januar). Im Gegenteil. So berichtet der *Spiegel*: „Mit seltener Klarheit (hatte sich der Papst in Rom) für das Recht der Landarbeiter für eine unabhängige, selbstverwaltete Organisation eingesetzt, ausgerechnet an dem Tag, als sich Parteichef Kania in Warschau am bisher deutlichsten dagegenstellte“ (26. Januar).

Wenngleich die polnische Krise auch die Möglichkeit einer politischen proletarischen Revolution in sich birgt, gibt es die reale Gefahr einer sozialen Konterrevolution unter der Führung der Kirche. Die von der GIM geforderte Einmischung der prokapitalistischen DGB-Bürokratie läuft dabei auf nichts anderes hinaus, als die reaktionären Elemente in der neuen polnischen Gewerkschaftsbewegung zu stärken. Aufgabe von Trotzlisten ist es, die polnische Gewerkschaftsbewegung zu spalten, die klerikal-nationalistischen Elemente auszusondern, um die Arbeiterklasse zur politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie zu führen, die die bestehenden proletarischen Eigentumsformen verteidigt und sie ausweitet. ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 01 733-7430

Häuserkampf, Polizeiterror, Senatskrise



Westberlin instandbesetzen?

7. Februar — Nach den ersten Urteilen gegen Hausbesetzer kam es heute in Westberlin zur zweiten großen Demonstration für die Freilassung aller verhafteten und verurteilten Instandbesetzer, gegen den Polizeiterror und gegen die Wohnungspolitik des Senats. Über 10 000 gingen unter Sprechchören wie „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!“ auf die Straße.

Einen Monat zuvor hatte die Hausbesetzerbewegung mit ihren Aktionen und der Skandal um den Bauunternehmer Garski (dem 117 Millionen Mark Steuergelder in den Rachen geworfen wurden) den alten Senat zu Fall gebracht, nachdem der ganze Ämterfilz, die Parteibuchwirtschaft und schließlich die Regierungsunfähigkeit der Stobbes und Lüders offen zutage getreten war. Die „SPD-Ruine Berlin“ (*Der Spiegel*, 19. Januar) ist freilich, sowohl was die Ursachen als auch die Folgen betrifft, ein Thema von weit mehr als lokaler Bedeutung. Die Krise in Westberlin findet vor dem Hintergrund eines — schwer angeschlagenen — sozialliberalen Kabinetts in Bonn statt, das entgegen seinen Versprechungen vor den Bundestagswahlen eine zutiefst arbeiterfeindliche Politik betreibt. Sein Programm, das im wesentlichen aus Streichungen und Einsparungen besteht, gilt nicht nur für Westdeutschland, sondern hat auch Auswirkungen auf Westberlin. Nicht nur die Pflastersteine der Hausbesetzer, sondern auch die unzureichenden Subventionsgelder haben das „Schaufenster des Westens“ zum Klirren gebracht. Westberlin bildet keine Ausnahme vom „Modell Deutschland“, wie es sich 1981 präsentiert: Lohnraub, stark ansteigende Arbeitslosigkeit und chauvinistische Hetze gegen Ausländer als Sündenböcke.

Das „Schaufenster des Westens“ besteht nicht nur aus dem Ku-damm mit seinem Glitzer, Cafe Kranzler, Juweliergeschäften und Boulevardtheatern. Westberlin: das heißt auch ein Sammelsurium von Elend, zerfallenden Straßenzügen, Rauschgift, Kriminalität; eine Metropole der Gettoisierung ganzer Stadtteile wie Kreuzberg, in denen vorwiegend türkische Arbeiter mit ihren Familien zusammengepfercht werden — eine Situation, die nur zu rassistischen Auseinandersetzungen führen kann.

In diesen Vierteln (Kreuzberg, Neukölln), die die Grundstücks- und Wohnungsspekulanten des Profits wegen verkommen lassen, sind die Hausbesetzer aktiv geworden. Während sie sich zum kleinen Teil aus ehemaligen APO-Anhängern rekrutieren, bestehen sie in ihrer Mehrheit aus Jugendlichen, die angesichts massiver Arbeitslosigkeit, fehlender Lehrstellen und nicht vorhandener bezahlbarer Wohnungen „aussteigen“, für die der Slogan „no future“ im Kapitalismus zutrifft. Zu diesem „alternativ leben“ zählt das Instandbesetzen leerstehender verrotteter Altbauten, die die Eigentümer nicht mehr als gewinnträchtig ansehen. Auf die Versuche des Senats (der keine „rechtsfreien Räume“ dulden will) in den letzten Monaten, die Instandbesetzungen durch Orgien von Polizeiterror zu verhindern, reagierten die Hausbesetzer mit ohnmächtiger Wut, Pflastersteinen in die Fensterscheiben von Banken und Supermärkten bis hin zu Plünderungen. Der Senat antwortete darauf mit einer Reihe von Prozessen; Teilnehmer von „militanten“ Aktionen wurden zu Haftstrafen bis zu zweieinhalb Jahren verurteilt, während es bei den festgenommenen „Nur“-Hausbesetzern zu Einstellungen von Verfahren gekommen ist. Der SPD/FDP-Senat versucht die Be-

wegung in „Chaoten“ und „vernünftige, dialogwürdige“ Instandbesetzer zu spalten.

Das Problem der Wohnungsnot läßt sich weder durch isolierte Verzweigungsaktionen noch durch parlamentarische Bittgänge im Schöneberger Rathaus (wie es der Alternativen Liste vorschwebt) regeln; gelöst werden kann es nur — wie alle anderen grundlegenden sozialen Fragen — durch die Beseitigung des Privateigentums. Es sind die Kapitalisten mit ihren Villen im Tessin, die die Verantwortung für die Misere der Arbeiterklasse und auch der von Teilen des Kleinbürgertums tragen.

In Westberlin ist die Krise von vornherein besonders zugespitzt, zumal die Stadt einen Vorposten des Imperialismus inmitten des deformierten Arbeiterstaates DDR darstellt. Nur aufgrund von Subventionen wird der Lebensstandard auf dem Niveau Westdeutschlands gehalten, eine günstige Situation für Kapitalisten vom Schlage Garskis, sich die Taschen mit Geld vollzupfen.

Die SPD sandte ihren Spitzenpolitiker Vogel (von Schmidt als potentieller Kanzlernachfolger angesehen) nach Westberlin, weil sie weiß, daß der Fall eines sozialdemokratisch geführten Senats auch das Ende der Bonner Koalition bedeuten könnte. Aber das Manöver droht zu mißlingen, war doch schon Stobbe als Regierender Bürgermeister angetreten, den Filz zu beseitigen. Der sozialliberale Senat ist derart diskreditiert, daß die CDU am 10. Mai mit erheblichen Stimmengewinnen rechnen kann, die Alternative Liste leicht die Fünf-Prozent-Hürde überwinden wird, die Fortführung der SPD/FDP-Koalition als ungesichert erachtet und selbst von der Möglichkeit einer großen Koalition die Rede ist. Aber egal, wie die Wahl am 10. Mai ausgehen wird, die Lösung der Wohnungsfrage, die Erfüllung des Rechts auf Arbeit etc. wird dadurch keinen Schritt näher rücken. Revolutionäre können keiner der kandidierenden Parteien bei den Wahlen kritische Unterstützung geben. Die GIM hingegen scheint die SPD trotz Koalitionspolitik und Finanzskandalen weiterhin für unterstützenswert zu halten. Sie würde aber ganz schön alt aussehen, wenn sie jetzt ihre im Herbst vergangenen Jahres gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Krisenmanager Glotz durchgeführte Wahlveranstaltung im Tempodrom, schon damals von Hausbesetzern gestört, zu wiederholen versuchte.

Die heutige Demonstration von über 10 000 vor dem Schöneberger Rathaus, die nicht mit einer Kundgebung, sondern mit Jahrmarktstrubel und Musik endete, machte deutlich, daß sich die Bewegung an einem toten Punkt befindet. Weder die parlamentarische Perspektive der Alternativen Liste, Amnestiegesuche an den Senat zu richten, noch Verzweigungsaktionen können die gefangenen Hausbesetzer befreien. Notwendig ist die Verbindung des Kampfes gegen die sozialen Nöte der Jugendlichen mit dem Kampf der Arbeiterklasse. In der Frontstadt Westberlin mit ihrer Subventionsabhängigkeit gibt es erst recht keine Verbesserung durch Reformen, keine demokratische Etappe. Westberlin darf kein NATO-Vorposten sein, sagt die moskaustalinistische SEW. Ihre Vorstellung von einem demokratischen unabhängigen Westberlin ist aber reine Utopie. Es gibt nur eine Zukunft für das deutsche Proletariat und für die Westberliner Arbeiter: eine sozialistische. Diese Perspektive wies die TLD auf der Demonstration mit ihren Losungen „Freiheit für die Hausbesetzer! Weg mit Mietwucher und Bodenspekulation, für sozialistische Planwirtschaft!“ unter ihrem Banner „Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands“.



Spartakist Foto

TLD-Kontingent auf Westberliner Demonstration vom 7. Februar

IKL-Führungsclique desertiert:

Letzter Walzer in Wien

Kurz vor ihrer 3. Konferenz im November letzten Jahres ist die Wiener Internationale Kommunistische Liga (IKL), fusionierte Schwesterorganisation des Spartacusbundes, wie eine mißglickte Torte auseinandergefallen. Die Leute, die die Organisation seit ihrer Entstehung geführt hatten, packten den IBM-Composer ein und machten sich mit knapp der Hälfte der Mitgliedschaft auf und davon – zurück zum Zirkelwesen, wo sie herkommen. Nun nennen sie sich „Sozialdemo...“ – nein, Pardon – „Marxist“. Zurück bleibt eine Rest-IKL, deren Mitglieder sich an zwei Händen abzählen lassen.

Inzwischen liegen politische Stellungnahmen beider Seiten vor, die selbst gemessen an der politischen Tradition des Spartacusbundes deprimierend ausfallen. Etwas Schatzenboxen über die Frage des demokratischen Zentralismus (der natürlich in der zutiefst zentristischen Gruppe nicht existieren konnte), und eine Fülle von Armutzeugnissen. Fazit der Rumpfororganisation: „Weder die Leitung noch die Opposition waren imstande, die vorhandenen politisch/organisatorischen Differenzen zuzuspitzen.“ Antwort der alten Leitung: „Wer wirklich politisch interessiert ist, wird heute noch kaum zur Spaltung der IKL Stellung nehmen können ...“

Aber die Sache hat ihre Logik. Die alte IKL-Leitung (die gleichzeitig federführend für *Spartacus* und *Ergebnisse und Perspektiven* gewesen ist) hat in den letzten Jahren die „fusionierte“ IKL/Spartacusbund-Gruppe ein gutes Stück nach rechts geführt. Sie trieben die politische Unterstützung für den arabischen Nationalismus auf die Spitze (in dem Lande, wo die PLO sich ihrer respektabelsten Existenz außerhalb des Nahen Ostens erfreut, wahrlich nicht ein „Gegen den Strom Schwimmen“); wurden zu übelsten Apologeten des klerikalen Reaktionärs Chomeini; erklärten Papst-Liebling Walesa fast zum Heiligen. Die wachsende Entfernung von einem nur verbalen Bekenntnis zum trotzkistischen Programm mußte sich unter dem Druck der

neuen Kalten-Kriegs-Stimmung besonders in der russischen Frage zeigen. Und nachdem die IKL-Leitung auf der Seite der Mullahs und Khane in Afghanistan landete („Russen raus“), begann sie über die polnischen Ereignisse theoretisch auf Distanz zur trotzkistischen Einschätzung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten zu gehen. (In einer Sonderausgabe der *permanenten revolution* hieß es, daß „... die Produktionsmittel nicht vergesellschaftet...“ sind.)

Es war deshalb nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, daß sie auf einmal das Weite suchten und den demokratischen Zentralismus zu einem toten Hund erklärten. Sie wollten den Claqueure für die „Bewegung“ sein – mit einem gewissen linken Image –, und als das mit einem formellen Bekenntnis zur leninistischen Partei immer schwerer in Einklang zu bringen war, zogen sie die Konsequenz, daß „unser Kampf den Anforderungen einer revolutionären Organisation gerecht werden zu können, vollkommen aussichtslos war ... und dies in der aktuellen gesellschaftlichen Situation auch nicht anders sein kann“ („Zur Erklärung der IKL“, ohne Datum).

Die Mitglieder von dem, was mal die IKL gewesen ist, fühlen sich wahrscheinlich betrogen. Aber sie sind nicht nur geprellt worden von einem Paar dubioser Subjekte, die immer nur einen Anbeterzirkel um sich haben wollten und ein verdammt bürokratisch/personalistisches Regime geführt haben.

Wir kennen die Betroffenen von der Zeit vor der Gründung der IKL, als sie unter dem Namen „Gruppe Internationale“ als Schulungszirkel firmierten. Damals haben sie gesagt, sie würden lieber mit Menschen politisch arbeiten, mit denen sie gut auskommen, als mit solchen, mit denen sie programmatisch übereinstimmen.

Es geht nicht nur um ein paar Typen, die Cliquisten waren und geblieben sind. Es geht um das trotzkistische Programm und um die Methodik im Aufbau der revolu-

tionären Partei. Zur Zeit der Wiener Spaltung schrieben wir in einem Offenen Brief an den Frankfurter Spartacusbund über ihre Methodik:

„Man beruft sich auf ein paar abstrakte Prinzipien (die niemand einzuhalten gedenkt), schließt sich zusammen auf Basis eines Nichtangriffspaktes und spaltet sich, wenn Fragen auf nationalem Terrain die latenten Differenzen zwischen den Blockpartnern brenzlich werden lassen.“ (*Spartakist* Nr. 34, Dezember 1980)

Verrottete Vereinigungen führen zu verrotteten Spaltungen. Das ist ein Gesetz der politischen Dynamik, das der Spartacusbund wiederholt erfahren mußte. In einem Punkt haben die ehemaligen Leitungsmitglieder der IKL sicherlich nicht unrecht – indem sie von der „Farce, bezüglich IKL/Spartacusbund von einer ‚fusionierten Organisation‘ ... zu sprechen“ schreiben. Und diese Spaltung hat nicht mal die Differenzen innerhalb des Rests von IKL/Spartacusbund beseitigt: die Gegensätze über Polen, Afghanistan, die Sowjetunion, Iran/Irak laufen weiterhin quer durch die Organisation.

Das Proletariat braucht eine leninistische Führung mit einem revolutionären Programm, nicht Zweckehe kleiner zentristischer Gruppierungen, die nur ihre eigenen Mitglieder zum Zynismus erziehen können. Daß diese Spaltung kaum auf geäußerten politischen Differenzen basiert, daß sie sowas wie die Wiederholung der Geschichte (zum x-ten Mal) als Schwank der Löwinger-Bühne darstellt, ist nur ein Indiz, wie tief diese Organisation gefallen ist. Dagegen sind die Genossen, die wir 1974/75 aus der Wiener Gruppe Internationale rekrutierten, als trotzkistische Kader gewonnen worden und kommunistische Kader geblieben. Trotzkistische Klarheit ist der Weg zum Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats. Zum Block IKL/Spartacusbund kann man nur sagen: (politische) Leichen pflastern seinen Weg. ■

Nach Eispickel-„Satire“:

Antikommunistische Hetze im DGB

Nachdem das unten abgedruckte Flugblatt erstmals veröffentlicht wurde, hat sich auch die GIM zur Affäre an der Akademie der Arbeit geäußert: „Da hatten die Oberurseler in ihrem Papier von 1979 schon recht“, schreibt Kaspar Nowak in der was tun vom 15. Januar. Der Artikel enthält den Schatten einer Verteidigung von Linken gegen die antikommunistische Hetzkampagne, wenn es heißt: „Es kann nicht darum gehen, die DKP anzuschwärzen ...“ Es ist jedoch eine Glatzeleistung von Kaspar Nowak, als letztes Überbleibsel des „SPD-Nee“-Blocks in der GIM-Führung, als PB-Repräsentant der inzwischen zusammengebrochenen „Tendenz 5“, in dem ganzen Artikel den beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie auf den DGB, ja die SPD selbst nicht einmal zu erwähnen.

Der zynische „Sketch“: „Eispickel sind nicht aus Eis, sondern aus Eisen und sind verschiedentlich auch schon im Frankfurter Uni-Bereich gesichtet worden“, der bei einer Semesterfeier am 17. Dezember 1980 an der von den Gewerkschaften hauptsächlich getragenen Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt aufgeführt wurde, verhallt den hinterhältigen Mord an Leo Trotzki durch Stalins GPU.

Diese „Satire“ ist nicht witzig. Sie muß jeden klassenbewußten Gewerkschafter mit Abscheu erfüllen. An der Frankfurter Universität ruft man sich dabei sofort den Mordanschlag vor einem Jahr auf den Genossen Fred Z., Mitglied der TLD, in Erinnerung. Die TLD wurde auf einer Afghanistan-Veranstaltung wegen ihrer Position für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan von afghanischen Nationalisten und türkischen Maostalisten mit Messern attackiert.

Damals unterstützten auch DKP-Mitglieder die TLD-Verteidigungskampagne. Doch steht die DKP in der gleichen Tradition des stalinistischen Terrors gegen linke politische Gegner.

Nieder mit dem Denunziantentum von Wilke & Co!

Der Vorfall an der Akademie der Arbeit wurde von dem Gewerkschaftsbürokraten Manfred Wilke, ehemals engstes Umfeld der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Mitverfasser des denunziatorischen Hetzwerks „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ sowie von der reformistischen Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA) zu einer üblen Ausschlußkampagne gegen die DKP aus dem DGB benutzt und von der großbürgerlichen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* genüsslich ausgeschlachtet: „... weil die Trotzkisten wie andere K-Gruppen auch, sich gegen die Gewerkschaftsbürokratie, von der sie, anders als die DKP, schlecht behandelt werden, gern damit wehren, daß sie den nur allzuoft berechtigten Verdacht, die Gewerkschaften seien von DKP-Kadern unterwandert, mit Fleiß zu nähren suchen“ (*FAZ*, 8. Januar). Doch nicht auf den revolutionären Trotzkismus, sondern auf die Sozialdemokratie haben Wilke und ISA gesetzt. Die Verteidigung Trotzkis durch Gewerkschaftsbürokraten und Antikommunisten wie Manfred Wilke ist ein Hohn! Die Arbeiterklasse wird die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch die Sozialdemokratie nicht vergessen! Stalinismus und Sozialdemokratie können sich, wenn es um mörderische Verbrechen an Mitgliedern der Arbeiterbewegung geht, ebenso die Hand reichen wie bei ihrem „gewöhnlichen Geschäft“, dem Ausverkauf von Arbeiterinteressen.

Daß sich der als Hetzer gegen die Sowjetunion bekannte Heinz Brandt, ehemaliger stalinistischer Bürokrat und IG Metall-Funktionär, ebenfalls an die Anti-DKP-Front hängt, verwundert nicht ...

Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!

Hinter dem Versuch, den DGB als „Einheitsgewerkschaft“ auszugeben, die nicht „unterwandert“ werden darf,

steht nur das Bemühen angehender Bürokraten, persönliche Vorteile für ihre Karriere zu erheischen. Sozialdemokraten haben da in einer sozialdemokratisch geführten Gewerkschaft eine bessere Position als DKPler, die, um ihre Loyalität zu beweisen, in stalinistischer Manier das ihre dazu beitragen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten durchsetzen zu helfen.

Trotzkisten dagegen kämpfen in den Gewerkschaften, anders als die ISA-Speichellecker der Sozialdemokratie, gegen jede Diskriminierung von Linken im DGB. Wir treten für das Recht aller Strömungen der Arbeiterbewegung ein, politische Tendenzen im DGB zu bilden. Solange die Gewerkschaften über ihre sozialdemokratisch beherrschte Bürokratie an den bürgerlichen Staat gebunden sind, werden sie nicht die Interessen der in ihnen organisierten Arbeiter vertreten. Breits Ausverkauf des Poststreiks ist nur das jüngste Beispiel dafür. Die deutsche Arbeiterklasse muß vom Einfluß der Sozialdemokratie gebrochen werden, und die ebenfalls reformistische Politik der DKP bietet keine Alternative. Trotzkisten kämpfen in der Gewerkschaft für deren Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat, für eine revolutionäre Klassenführung.

Heute sind die Gewerkschaften mit einem verstärkten Angriff der Bourgeoisie auf den Lebensstandard der Arbeiter konfrontiert. Die SPD/FDP-Regierung ist eine Regierung des Lohnraubs und einer gegen die Arbeiter gerichteten Sparpolitik. Durch den Ausschluß von Linken aus dem DGB soll jede Opposition gegen die klassenversöhnlerische Politik der Gewerkschaftsbürokratie verhindert werden.

Wir rufen alle Gewerkschafter auf, sich gegen die denunziatorische Kampagne von Wilke, ISA und Brandt zu stellen und gleichzeitig den zynischen stalinistischen Angriff zu verurteilen.

- Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
- Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!

Frankfurt/Main, den 14. Januar



Den folgenden Brief sandte die TLD als Beitrag zur Hoesch-Diskussion im Arbeiterkampf an den Kommunistischen Bund.

Frankfurt, den 28. Januar 1981

Liebe Genossen!

Hier ist unsere Stellungnahme zur Debatte um Hoesch-Dortmund und der „Stahlwerk jetzt!“-Forderung:

Die Hoesch-Arbeiter sind von der IGM- und SPD-Führung, die sich darauf beschränkt, um Subventionen zu betteln, und der Entlassung von 4300 Arbeitern um den Preis eines neuen Oxygenstahlwerks zustimmt, an der Nase herumgeführt worden. Es ist offensichtlich, daß Hoesch-Estel erst ein Stahlwerk in Dortmund bauen wird, wenn die Regierung den Kapitalisten das Stahlwerk durch Subventionen praktisch schenkt, die Energie (ob herkömmlicher oder Atomstrom spielt dabei keine Rolle) und eventuelle „Gewinnaufälle“ ersetzt werden. Wie die Erfahrungen mit solchen Fällen nicht nur in Westdeutschland zeigen, wird erwartet, daß die Arbeiter auf erkämpfte Errungenschaften, z. B. auf zukünftige Lohnerhöhungen, verzichten. Angesichts der Sparpolitik der SPD/FDP-Regierung nach den Bundestags- und NRW-Landtagswahlen ist es außerdem illusorisch anzunehmen, daß Hoesch-Estel 1,5 Milliarden Mark geschenkt werden. Das ist es jedoch, worauf die Forderung „Stahlwerk jetzt!“ hinausläuft. Der Genosse der KB-Kommission „Betrieb und Gewerkschaft“ muß, weil er eine sozialistische Perspektive ausschließt im *Arbeiterkampf* Nr. 193 („Warum dann nicht Sozialismus hier und jetzt, fragt man sich.“), dabei landen, die kapitalistische Logik zu akzeptieren, und das heißt bei der „Stahlwerk jetzt!“-Losung, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie subventioniert.

Die „Sozialisierungsdebatte“ im *Arbeiterkampf* klammert die Frage der Nationalisierung von Schlüsselindustrien aus – ihr zitiert nur kommentarlos die RGO zu Nationalisierungen bankrotter Betriebe. Die Verstaatlichung von heruntergewirtschafteten Betrieben zu fordern, ist reformistische Praxis und der sozialistischen entschädigungslosen Enteignung im gewissen Sinn direkt entgegen-

Hoesch und der Kampf um Arbeit

gesetzt. Eine sozialistische Planwirtschaft wird sich gerade auf die Ausnutzung der enteigneten fortgeschrittensten Produktionsmittel stützen. Die Konfusion um Umweltschutz und Atomstrom, die Grünen und KB gleichermaßen an den Tag legen, ist verbunden mit ihrer Illusion, den Kapitalismus freundlicher zu gestalten. Wir wenden uns gegen die Subventionierung der Hoesch-Kapitalisten durch billigen Atomstrom als einen Versuch der Sozialdemokratie, das kapitalistische System aufrechtzuerhalten, indem die Arbeiter zahlen.

Die TLD propagiert den militanten Kampf gegen jede Entlassung bei Hoesch, die Besetzung der von Entlassungen bedrohten Betriebe in Dortmund, das heißt das Eigentumsrecht der Kapitalisten anzugreifen. (Daß das nicht nur „objektiv richtig“ ist, zeigt der Kampf der Enka-Kollegen in Kassel.) Wir kämpfen für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände, für die 30-Stunden-Woche bei 40 Stunden Bezahlung. Dieser Kampf muß an den Stahlstreik 1978/79 für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der gesamten Stahlindustrie anknüpfen.

Die Krise des Ruhrgebiets kann nur mit der Perspektive des Sozialismus gelöst werden, durch die entschädigungslose Enteignung der Montanindustrie und anderer Schlüsselindustrien, durch eine gesellschaftlich geplante Wirtschaft, durch eine Arbeiterregierung, durch die Beseitigung der kapitalistischen Mißwirtschaft, die mehr und mehr Arbeiter ins Elend stürzt.

Die Stahlarbeiter dürfen sich nicht dazu mißbrauchen lassen, den Konkurrenzkampf der nationalen Bourgeoisie zu unterstützen. Handelskriege waren immer nur das Vorspiel der Weltkriege, in denen die imperialistischen Räuber die Arbeiter für die Eroberung neuer Märkte verbluten lassen. Nieder mit dem Protektionismus! Nieder mit der EG, Zollunion der NATO! Heißen unsere Losungen. Für Solidarität mit den britischen, französischen, belgischen ... und japanischen Stahlarbeitern, und das besonders angesichts der internationalen Stahlkrise. In dem fast drei Monate währenden britischen Stahlstreik haben wir propagiert: Boykott aller Streikbrecherstahllieferungen nach Britannien.

Auch wenn die GIM den europaweiten Kampf für die 35-Stunden-Woche propagiert, bleibt das reformistisch. Die 35-Stunden-Woche würde nicht einmal die geplanten Entlassungen in der Stahlindustrie verhindern. Ein gemeinsamer, gleichzeitiger Kampf gegen die Stahlbarone Europas hätte eine völlig andere Dimension und würde die Frage der Macht der Arbeiterklasse, der Enteignung nicht nur der Stahlkapitalisten und die Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa konkret stellen.

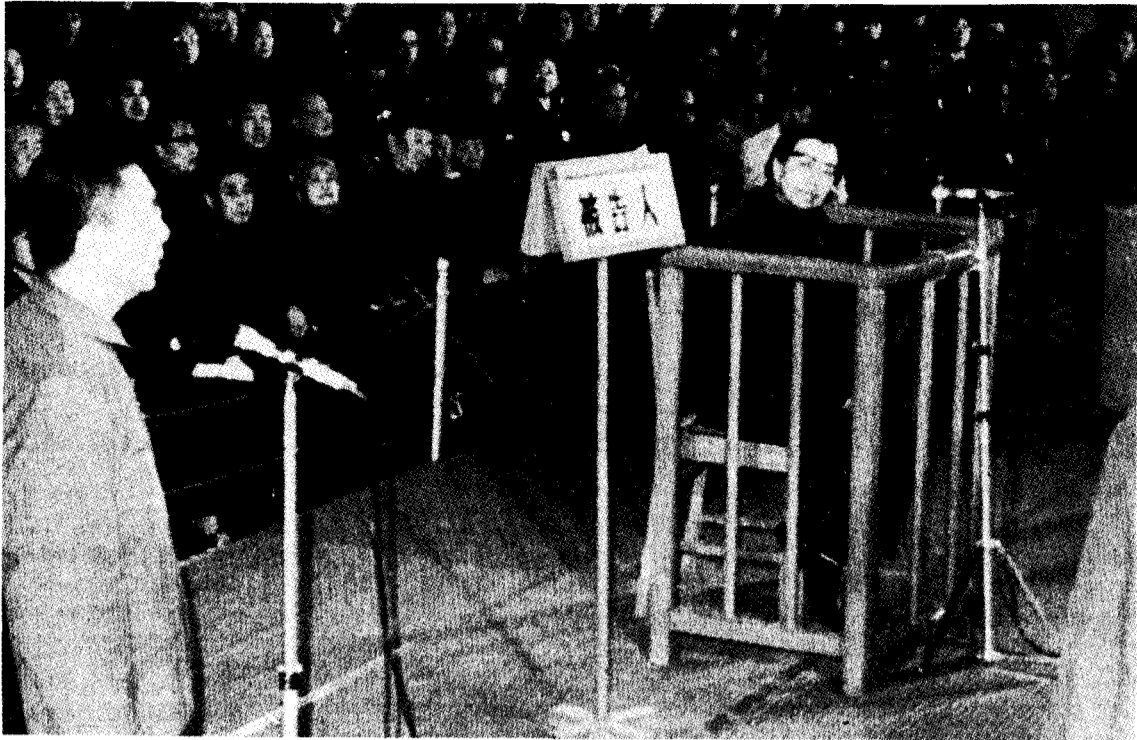
Die TLD unterstützt den Kampf der Dortmunder Arbeiter wie auf der Demonstration am 28. November für ihre Arbeitsplätze und gegen den Verfall ihrer Stadt. Im Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze kritisieren wir den illusorischen Charakter der „Stahlwerk jetzt!“-Forderung. Ausgehend vom Stahlstreik 1978/79, der gegen die Entlassungen in der Stahlindustrie gerichtet war, ausgehend von der Mobilisierung gegen die Entlassungen bei Hoesch und die Verbindung ziehend zu den massiven Angriffen der Kapitalisten in der bevorstehenden Tarifrunde – bei der sich schon abzeichnet, daß sie massiv auf die Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse abzielt – kämpfen wir gegen die sozialdemokratischen Irreführer und ihre linken Nachbeter, um sie zu stürzen. Letztes Jahr im Poststreik haben die Arbeiter gezeigt, daß sie die Angriffe der SPD/FDP-Regierung auf ihren Lebensstandard nicht hinnehmen wollten. Was den Arbeitern nicht fehlt, ist die Kampfbereitschaft, sondern eine Führung, die den Weg zeigt, das irrationale kapitalistische System zu beseitigen und durch gesellschaftliche Planwirtschaft unter einer Arbeiterregierung zu ersetzen. Mit dem Ende der „fetten Jahre“ zeigt sich immer deutlicher, daß die SPD- und DGB-Führer das kapitalistische System verteidigen und deshalb nicht in der Lage sind, für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu kämpfen.

Mit kommunistischen Grüßen,
für die TLD

Fred Zierenberg



Stahlkocher – 10 000 wollen die Bosse im Ruhrgebiet auf die Straße setzen



Angeklagte Jiang Qing: „Seit 1966 haben ich und andere ... ständig in Übereinstimmung mit Mao gearbeitet.“

Der großangelegte Pekinger Schauprozess gegen die „zehn Hundsköpfe“ ist gelaufen. Unter den Zehn befanden sich Jiang Qing, die Witwe Maos und Führerin der berüchtigten „Viererbände“, Maos ehemaliger politischer Sekretär, Chen Boda, vier ehemalige Generale, Mitglieder der Lin-Biao-Gruppe. Nach langen innerbürokratischen Querelen wurden Ende Januar die Urteile verkündet: die renitente Jiang Qing erhielt gemeinsam mit dem Mitläufer der „Bande“, Zhang Chunqiao (der die Aussage verweigerte), die Todesstrafe „auf Bewährung“ – ein Kuriosum des chinesischen stalinistischen Strafrechts –, der geständige Wang Hongwen, der einst wegen seines rasanten Aufstiegs zum stellvertretenden Parteivorsitzenden den Spitznamen „der Hubschrauber“ erhalten hatte, wurde zu lebenslanger und der ehemalige Chefpropagandist Yao Wenyuan zu 20jähriger Haftstrafe verurteilt. Als Trotzkisten sind wir gegen dieses Urteil, weil wir prinzipiell gegen die Todesstrafe sind und weil besonders dieses Urteil eine bürokratische Willkürmaßnahme der Deng-Xiaoping-Clique darstellt, die genauso viel, wenn nicht mehr, Blut an ihren Händen hat wie Jiang Qing. Der Hauptzweck dieses Schauprozesses für die Überlebenden der Kulturrevolution der sechziger Jahre – geführt vom unverwundlichen Deng Xiaoping, der inzwischen die Zügel der Macht in der Hand hält – war es, sich an der Mao/Jiang/Lin-Fraktion in der Bürokratie zu rächen und die eigene bürokratische Vorherrschaft zu stabilisieren. Das Hauptproblem bestand darin, dies zu bewerkstelligen, ohne den Großen Steuermann selbst grundlegend mit hineinzuziehen und somit sich selbst zu diskreditieren. Denn sowohl die Ankläger als auch die Angeklagten sind die Erben Maos.

Es gibt in Dengs China sogar ein politisches Leben nach dem Tode. Der verstorbene Kang Sheng, ehemaliger Minister für öffentliche Sicherheit und ein enger Vertrauter des alten Vorsitzenden, wurde öffentlich scharf kritisiert und aus der Partei ausgeschlossen. Zur gleichen Zeit wurden einige der bekanntesten Opfer der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, vor allem das ehemalige Staatsoberhaupt Liu Shaoqi, posthum rehabilitiert und erhielten ihren „rechtmäßigen Platz“ in der Partei zurück. Diese Sorge um den Geist der Toten erinnert an den berühmten „Entstalinisierungs“-Kongreß der KPdSU im Jahre 1956, wo eine alte weibliche Delegierte wiedergab, wie Lenin ihr im Traum erschien und ihr sagte, sie solle Stalins Verbrechen denunzieren.

„Wir alle wissen, daß es kein Prozeß ist, sondern ein Machtkampf. Wenn Jiang Qing gewonnen hätte, wäre es Deng, dem der Prozeß gemacht würde, oder schlimmer, der vor einer Massendemonstration hergezerrt worden wäre“, sagte eine chinesische Frau auf der Straße zu einem Korrespondenten der *New York Times*. Sicherlich kann niemand behaupten, daß wir es hier mit einem fairen Prozeß zu tun gehabt hätten. Es gab keine Zeugen der Verteidigung, nur solche der Anklage; die Hauptzeugen der Anklage waren solche, die sich nach vielen Jahren Haft als Kronzeugen zur Verfügung gestellt hatten; die Zeugen verlasen vorfabrizierte Reden und das hauptsächliche Treiben der Anwälte der Verteidigung bestand aus Entschuldigungsübereinkünften. Sogar ein Fox Butterfield, einer der einflussreichsten Journalisten unserer Tage, gab folgende Einschätzung: „Soweit sieht der Prozeß eher nach einem Racheakt der Opfer der Kulturrevolution aus als nach einem sorgfältigen Versuch, die Verantwortlichkeit für die Verurteilungen und Verwirrungen dieser Periode herauszufinden“ (*New York Times*, 6. Dezember).

Die vier wichtigsten Anklagepunkte gegen die „Zehn“ lauteten: Verleumdung und Verurteilung von Partei- und Staatsführern in einem Komplott zur Machtübernahme; Aburteilung und Unterdrückung einer großen Anzahl von Kadern und gewöhnlichen Bürgern; eine Verschwörung zur

Ermordung Maos als Teil eines „konterrevolutionären“ versuchten *coup d'état* im Jahre 1971, und ein Komplott zur bewaffneten Rebellion in Shanghai 1976, um nach Maos Tod die Macht zu ergreifen. Die „Bande“ stand unter Anklage, den Mord an 34 274 und die Verurteilung und Folterung von weiteren 700 000 Menschen befohlen zu haben. Und die Anklageschrift enthält aufregende Einzelheiten über die angebliche Verschwörung, Mao zu ermorden: Pläne, seinen privaten Zug zu bombardieren, gestützt durch mit Panzerfäusten und Flammenwerfern bewaffneten Infanteristen, die dann den Zug in einer tiefen Schlucht aus dem Wege räumen sollten, indem sie eine Eisenbahnbrücke sprengten.

Wie vorzusehen war, waren die meisten der Ange-



Schulunterricht in Peking: Die Lektüre hat sich geändert

klagten geständig. Aber die beiden prominentesten, Jiang und der Mitläufer der „Bande“, Zhang Chunqiao, lehnten es ab, die Anklagen zu akzeptieren (Zhang weigerte sich, ein einziges Wort zu sagen). Unter dem neuen Strafgesetz ist ein Geständnis nun nicht länger notwendig, um die Schuld zu beweisen. Aber das Geständnis (im vorkommunistischen China durch die freizügige Anwendung von Folter hervorgehoben) spielt in der traditionellen chinesischen Rechtsprechung eine so wichtige Rolle, daß die Weigerung des Angeklagten, seine vermeintlichen Verbrechen zuzugeben, in der Öffentlichkeit Zweifel an seiner Schuld aufkommen läßt. In diesem Zusammenhang stellte die Widerspenstigkeit von Jiang und Zhang einen Tiefschlag für Deng und Konsorten dar.

Ein stalinistischer Schauprozess? Ja. Aber es gibt einen wichtigen Unterschied zu den bekannteren Moskauer Schauprozessen in den dreißiger Jahren. Unter Stalins Gewehren fielen alte Bolschewiki mit einer genuinen revolutionären Vergangenheit – Nikolai Bucharin, Gregorij Sinowjew, Karl Radek und andere – angeklagt fantastischer Verbrechen, die sie nicht begangen hatten. Ob sie im Sinne der besonderen Anklagen gegen sie schuldig sind oder nicht, die Mao-Clique besteht aus stalinistischen Verbrechen erster Klasse. Sie sind direkt verantwortlich für das Blut von Tausenden, wenn nicht Millionen von unschuldigen Menschen während der Raserei der Kulturrevolution in den Jahren 1966–68. Unter ihnen waren alte kommunistische Parteikader, die ehrenhafte und mutige Rollen in der chinesischen Revolution spielten. Der alte

Todesurteile im Peking Maos auf beic der Ank

Guerillaführer Ho Lung und der Kommandeur der chinesischen Armee im Koreakrieg, Peng Dehuai, wurden nachgewiesener Weise von den Roten Garden in den Tod getrieben.

Aber ihre Dengschen Richter haben keine sauberere Weste als die gefallene Viererbände. Wie viele unschuldige Arbeiter, Bauern und Intellektuelle wurden unter dem Liu/Deng-Regime der frühen sechziger Jahre zu Opfern gemacht, einem Regime, das nicht gerade für seinen Liberalismus und Respekt vor der Legalität bekannt war? Und was ist mit den chinesischen Trotzkisten, die 1953 verhaftet wurden und seitdem im Gefängnis sitzen? Hier konnten sich alle schmutzigen und mörderischen Cliquen und Fraktionen des chinesischen Stalinismus vereinen in der Unterdrückung wahrer proletarischer Revolutionäre. Es war vielleicht Dengs größtes Verbrechen gegen den Sozialismus, als er Anfang 1979 Tausende von jungen chinesischen Arbeitern und Bauern auf den Weg schickte, um ihre Klassenbrüder in Vietnam zu töten, in einem Krieg, der im Zusammenspiel mit dem US-Imperialismus durchgeführt worden ist.

Verfolgt vom Gespenst der Kulturrevolution

Es ist in Wirklichkeit die Kulturrevolution, der der Prozeß gemacht wird. Die Anklageschrift widerrief die vorausgehende Charakterisierung der „GPKR“ als eine Bewegung, die mit ursprünglich guten Intentionen später falsch gelaufen ist. Nun wird sie uns von Beginn an als Konspiration „linker“ Radikaler und zugleich „faschistischer Verschwörer“ präsentiert, die dem weisen Veteran und Führer die Macht entreißen wollten. Aber was ist mit Mao? Marschall Peng zum Beispiel zog sich zuerst den Haß des Vorsitzenden zu wegen seiner Denunzierung des Großen Sprungs nach vorn in den späten fünfziger Jahren, der ein ökonomisches Desaster war. Die gegenwärtig herrschenden Bürokraten können den Mao-Kult nicht rundweg ablehnen, ohne ihre eigene Legitimität in Frage zu stellen. Deshalb sind sie gezwungen, Mao als so inkompetent oder in seinen letzten Lebensjahren so senil darzustellen, daß er es zuließ, daß China von einer Bande von Intrigierenden und käuflichen „Ultralinken“ dominiert wurde. Unsinn! Jeder, der in China zu der Zeit politisches Bewußtsein hatte, versteht, daß Mao der hauptsächliche Motor der Kulturrevolution war, von Lin Biaos Palastrevolution Mitte 1966 über den anarchistischen Aufruhr von 1967 bis zur Auflösung der Roten Garden im August 1968. Einer der Gründe, weshalb der Prozeß so lange hinausgezögert wurde, war die Angst, daß sich Jiang selbst verteidigen würde durch die Behauptung, sie hätte nur die direkten Instruktionen ihres Mannes ausgeführt.

Gerade dieser Punkt rief einiges an Kopfzerbrechen bei den Organisationen hervor, die sich noch auf Mao als Vorbild berufen. In dem durch seine Spaltung stark angeschlagenen KBW wurden erneut „letzte Wahrheiten“ ins Wanken gebracht: nachdem die chinesische Führung recht eindeutig die Kulturrevolution als Periode der Willkür, des Chaos und gar des faschistischen Terrors verurteilt hatte, fühlte sich Hans Gerhart Schmierer bemüßigt festzustellen, daß „nicht Mao Zedong und die Kulturrevolution vor Gericht (stehen)“ (*Kommunistische Volkszeitung*, 15. Dezember 1980)! Nicht 'mal Joscha kann seine Leser für so blöd halten!

Der KB, der eigentlich nur noch durch das Bekenntnis zum Mythos der Kulturrevolution mit dem Maoismus verbunden bleibt, schrieb einen Protest an die Deng-Xiaoping-Clique, um die Freilassung der Angeklagten und „eine öffentliche und freie Debatte über die positiven und negativen Aspekte der Kulturrevolution statt politischer Prozesse“ zu fordern (*Arbeiterkampf*, 5. Januar). Aber eine

Pekinger Schauprozeß:

Das Erben den Seiten Anklagebank



Deng Xiaoping: Hat nicht weniger Dreck am Stecken als die „Viererbände“

Reaktion von Deng ist nicht wahrscheinlicher als ein Leserbrief von Lin Biao an den *Arbeiterkampf*, in dem er sich zur Alternativen Liste bekennt.

In den späten sechziger Jahren sahen die meisten der Linken im Westen die von Mao geführte Kulturrevolution als eine wahre antibürokratische Massenerhebung, und sie akzeptierten ihre offizielle Beschreibung als Etablierung eines „Staates nach dem Vorbild der Pariser Kommune“. Aber zu denken, daß der vergöttlichte Führer des chinesischen Stalinismus und sein Scherge, der Erste Kommandierende der Armee, Lin Biao, die Arbeiterklasse gegen die Bürokratie führen konnten, kommt dem Zugeständnis gleich, Stalin und Beria oder Breschnjew und Juri Andropow die Führung der proletarischen politischen Revolution in der Sowjetunion zuzubilligen. Wie wir damals schrieben:

„Die Kulturrevolution war, sowohl in ihren Ursprüngen als ihrem Wesen nach, ein Fraktionskampf zwischen zwei Flügeln der chinesischen Bürokratie. Es ist mittlerweile klar, daß es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den zwei Tendenzen gab, und daß das Argument, Liu Shaoqi hätte eine ‚rechte‘ oder ‚prosovjetsche‘ oder ‚prokapitalistische‘ Tendenz repräsentiert, ohne Grundlage war. 1959 verlor Mao den Regierungsvorsitz an Liu, da man ihn für die Konsequenzen des Großen Sprungs nach vorn verantwortlich machte, und ihm wurde nur noch der größtenteils ehrenhafte Titel des Parteivorsitzenden zugestanden. Die Kulturrevolution war Maos erfolgreiche Wiedereroberung des chinesischen Staates und der Armee, was auch die Zerstörung der KPCh (der Kommunistischen Partei Chinas) durch die Jugend der Roten Garden miteinschloß.“ (,Chinese Menshevism“, *Spartacist* Nr. 15/16, April/Mai 1979)

Voltaire charakterisierte einst das Heilige Römische

Reich als weder heilig, noch römisch, noch Reich. Das trifft auf die „Große Proletarische Kulturrevolution“ zu: sie war weder proletarisch, noch kulturell, noch eine Revolution. Im Gegenteil: sie war im wesentlichen eine gigantische stalinistische Säuberung, die außer Kontrolle geriet und schließlich gegen ihre Urheber zurückschlug.

Jiang Qing selbst gibt uns eine Einschätzung über den wahren Charakter und die sozialen Triebkräfte dieser „Revolution“. So wies sie im September 1967 die sogenannte „Gruppe des 16. Mai“ wegen deren „linker“ Kritik am Mao-Regime zurecht:

„Vor einiger Zeit gab es eine falsche Parole: Ergreift eine ‚kleine Handvoll in der Armee‘. Als Resultat wurde überall eine ‚kleine Handvoll in der Armee‘ ergriffen und sogar die Waffen unserer regulären Truppen wurden in Beschlag genommen. Genossen, denkt doch mal an folgendes: ist es für uns ohne die Volksbefreiungsarmee möglich, in der Großen Halle des Volkes zu sitzen und eine Konferenz abzuhalten?“ (Chung Hua-min, A. C. Miller, *Madame Mao: A Profile of Chiang Ch'ing* zitiert nach *Women and Revolution* Nr. 15, Sommer 1977)

Die Armee spielte die zentrale Rolle bei der Unterstützung der stalinistischen Clique in Peking.

Wir möchten nicht mehr zu den Ergebnissen der Kulturrevolution im Inneren sagen, als daß sie die chinesische Ökonomie und das Bildungssystem um mindestens ein Jahrzehnt zurückwarf. In der Außenpolitik half die Kulturrevolution, die Basis zu legen für die chinesische Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, welche Mao und Zhou Enlai 1972 abschlossen. Der ganze ideologische Abfall der „GPKR“ – „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“, „rote Bourgeoisie“, „bürgerliches Hauptquartier in der Partei“ – findet sein zentrales Anliegen in der Behauptung, daß Breschnjews Rußland zu einer „ka-

pitalistisch-imperialistischen“ Supermacht wurde, gefährlicher als die USA.

Während des Befreiungskampfes von Vietnam gegen den US-Imperialismus sabotierten die Roten Garden Waffenlieferungen von der Sowjetunion nach Nordvietnam. Schließlich wollten sie nicht, daß Vietnam eine „Kolonie“ des „sovjetschen Sozialimperialismus“ wird. Hanoi mußte tatsächlich offiziell gegen diese ungeheuerliche Aktion der chinesischen „Kulturrevolutionäre“ protestieren. Hier nahmen die Roten Garden aber nur die Politik ihrer Führer vorweg. Es war das Regime von Mao und Lin Biao, das als erstes Breschnjews UdSSR als „faschistisch“ charakterisierte, insbesondere bei der Intervention des Kreml in der ČSSR zur Unterdrückung der Liberalisierungen des Prager Frühlings.

Was die Natur des chinesischen Stalinismus betraf, war die imperialistische Bourgeoisie wie gewöhnlich scharfsichtiger als die impressionistische Neue Linke, die Maos China als linke Alternative zu der seit langem spießigen Sowjetunion ansah. Die Kapitalisten verstanden, daß wenn ein stalinistisches Regime eine andere Regierung als „faschistisch“ bezeichnet, dies eine Öffnung für einen Block mit dem „nicht-faschistischen“ kleineren Übel bedeutet. In seinen Memoiren legt Henry Kissinger Wert auf folgende Feststellung:

„Die Zeitung der chinesischen Kommunistischen Partei, die Volkszeitung vom 17. März 1969, erklärt zum Beispiel die Invasion in der ČSSR zur bewaffneten Aggression und militärischen Okkupation durch die sowjetische revisionistische Renegatenclique. Sie denunziert die Breschnjew-Doktrin der begrenzten Souveränität als eine ‚durch und durch faschistische Theorie‘ ... Es war keine Frage, daß die Sowjetunion sich zum Hauptproblem der chinesischen Außenpolitik entwickelte.“ (Henry Kissinger, *Memoiren 1968-1973*, 1979)

Indem er Maos Allianz mit dem US-Imperialismus festigte, hat sich Deng selbst als rechtmäßiger Vollstrecker (nicht weniger als Jiang Qing) des Vermächtnisses der Kulturrevolution erwiesen. Pekings Allianz mit Washington, die von allen Flügeln der maotistisch-stalinistischen Bürokratie unterstützt wird, erhöht die Gefahr eines nuklearen Dritten Weltkriegs immens.

Der KBW spielt bei dieser Allianz den mehr oder minder effektiven Hausierer der VR China Deng Xiaopings. Seine Unterstützung der türkischen Militärjunta und seine Parole des „demokratischen Friedensvertrages“ sind ein handfester Beitrag zur Mobilisierung des linken Milieus in Deutschland gegen die Sowjetunion. Er steht hier sowohl in der Tradition Maos als auch Deng Xiaopings – der Tradition des konterrevolutionären Sozialchauvinismus. Joscha Schmierer und seine Freunde fänden ihren Platz diesseits und jenseits der Anklagebank in Peking.

Bei seiner Machtübernahme nach Maos Tod 1976 versprach Deng dem chinesischen Volk eine rationelle, prosperierende Wirtschaft und „sozialistische Legalität“. Aber das Programm des neuen Regimes, China bis zum Jahr 2000 in eine moderne Industriemacht ersten Ranges zu verwandeln (ein Ausdruck des stalinistischen Mythos vom „Sozialismus in einem Land“), ist auf seine eigene Art so utopisch wie Maos Hinterhof-Stahlöfen des Großen Sprungs nach vorn. Und sein Gerede von demokratischen Rechten für die Massen ist einfach eine große stalinistische Lüge. Die grundlegende Transformation in eine moderne Industriegesellschaft und die Errichtung der Arbeiterdemokratie bedarf einer proletarischen politischen Revolution gegen alle Erben Maos in China und der sozialistischen Revolutionen in den imperialistischen Zentren, um eine weltweite sozialistische Ordnung zu errichten.

Nach Workers Vanguard Nr. 270, 12. Dezember 1980



„Spontane“ Demonstration nach dem Sturz der „Hundsköpfe“ 1976

Arbeitslosigkeit...

Fortsetzung von Seite 1

der westdeutschen herrschenden Klasse nicht gelungen wäre, die „Gastarbeiter“ hinauszuerwerfen, hätte die BRD in den späten siebziger Jahren eine der höchsten Arbeitslosenquoten der westlichen Welt gehabt. Ein liberaler amerikanischer Ökonom schätzt, daß wenn die USA im selben Maße wie Westdeutschland ihre industrielle Arbeiterschaft hätte schrumpfen lassen, sie heute eine Arbeitslosenquote von 30 Prozent hätte! Und er bemerkt: „Mit Millionen von wütenden Arbeitslosen zusammenzuleben, ist etwas völlig anderes als der Export von Millionen Türken und Jugoslawen“ (Lester C. Thurow, „Hard Lessons in Carter's Economic“, zitiert in *Challenge*, November/Dezember 1980). Während sich die deutschen Sozialdemokraten gern selber als cleverer und humaner als die britischen Tories oder amerikanischen Demokraten darstellen, blicken Hunderttausende von gefeuerten ausländischen Arbeitern, derer sich Schmidts „soziale Marktwirtschaft“ entledigt hat, einer weitaus düsteren und elenderen Armut entgegen als ihre Klassenbrüder in Thatchers Britannien oder Reagans Vereinigten Staaten.

Die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Türkei – die dem wachsenden faschistischen Terror und dem kürzlichen

Zusammenbruch des Kapitalismus gemacht, genauso wie die Juden während der Großen Depression, die dem Sieg der Nazis vorausging. Es ist dringender als je zuvor, daß proletarische Sozialisten in Westdeutschland für volle und sofortige Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter eintreten und kämpfen.

Importe aus Japan, Kapital in die USA

Das sichtbarste Zeichen für die Wirtschaftskrise ist die rückläufige Entwicklung von Westdeutschlands jahrzehntelangen Zahlungsbilanzüberschüssen und damit verbunden die gegenwärtige Weichheit der harten D-Mark an den internationalen Börsen. 1979 gab es in der BRD zum erstenmal seit 14 Jahren ein Leistungsbilanzdefizit. Der Betrag war klein, die internationalen Geldreserven waren bei weitem die größten in der Welt, und so machten sich die herrschenden Finanzkreise keine großen Sorgen. Aber letztes Jahr schnellte das Defizit auf gewaltige 30 Milliarden Mark hoch und verzehrte innerhalb eines Jahres ein Viertel der Gold- und Devisenvorräte, die während der Zeit der jahrzehntelangen Überschüsse angesammelt worden waren. So ist es kein Wunder, daß in Regierungskreisen laut über die etwaige Notwendigkeit von Devisenzwangsbewirtschaftung nachgedacht wird.

Auch die Aufhebung von Restriktionen in Sachen Waffenexport (geliefert wird, wenn es im „nationalen In-

Außerdem arbeiten die Japaner nicht nur billiger, sondern auch länger. Durchschnittlich wird in der Industrie pro Jahr 2100 Stunden gearbeitet, 300 mehr als in der BRD. Eingezwängt in Firmengewerkschaften bekommt ein normaler Angestellter bei Nippon Steel oder Toyota von 100 Tagen nur zwei Tage wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen frei, sein Kollege bei Krupp oder Volkswagen dagegen neun Tage.

Kein Wunder, daß die deutsche herrschende Klasse ihre Arbeiterklasse beim Vergleich mit der japanischen gering schätzt. Als Lambsdorff letzten Sommer von einem Japanbesuch zurückkehrte, hielt er den westdeutschen Autoarbeitern eine Strafpredigt: arbeitet härter, wenn Volkswagen nicht den Weg von British Leyland oder Chrysler gehen soll. Der westdeutsche Kapitalismus steht unter dem objektiven Druck, die Ausbeutungsrate auf japanisches Niveau zu erhöhen oder zumindest die Lücke zu verkleinern.

Wie vorzusehen war, ist die Antwort der Gewerkschaftsbürokraten nationalistischer Protektionismus. So organisierte die Führung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung – mit wohlwollender Unterstützung der Unternehmer – im Herbst letzten Jahres einen bundesweiten mehrstündigen Warnstreik, um staatliche Maßnahmen gegenüber den asiatischen Billigimporten durchzusetzen, während IG-Metall-Chef Loderer für eine „sanftere“ Form des Protektionismus eintritt: die japanischen Autoexporteure sollen sich in „freiwilliger“ Selbstbeschränkung üben. Loderer: „Die Bundesrepublik ist bekanntermaßen das Land, das gegen jeden Protektionismus ist ... Für diese Haltung kann man uns nun von seiten der Japaner nicht gewissermaßen bestrafen wollen“ (*metall*, 3. Dezember 1980). Die Lösung der Reformisten für eine breite Skala von ökonomischen Problemen bedeutet typischerweise Arbeitslosigkeit für Arbeiter anderer Länder.

Besonders für Westdeutschland, dessen Wirtschaft mit dem Export steht und fällt, ist der Protektionismus der sichere Weg zur wirtschaftlichen Selbsterstörung. Eine Antwort auf die schwache Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitalismus gibt weder Lambsdorff (Steigerung der Ausbeutung) noch Loderer (chauvinistischer Protektionismus), sondern die weltweit ausgedehnte sozialistische Planwirtschaft.

Hätten die deutschen Kapitalisten alle ihre Profite in die Modernisierung ihrer Fabriken reinvestiert, hätten sie vielleicht ihre Wettbewerbsposition gegenüber den Japanern halten können. Aber sie haben nicht. Im Gegenteil! In den späten siebziger Jahren gab es einen Strom von Investitionen ins Ausland, wie es ihn bis dahin in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben hatte. Allein 1979 kauften die westdeutschen Industriellen und Bankiers für fast 8 Milliarden Mark Fabriken, Laboratorien, Bürogebäude, Werbesender usw. von Chicago bis Sao Paulo; der Rückstrom betrug lediglich 2 Milliarden Mark (*Economist*, 8. November 1980). Dieser Kapitalexport-Boom ist nicht nur einer der hauptsächlichsten Gründe für das Handelsbilanzdefizit, sondern ein Aderlaß für die Steigerung der westdeutschen Industrieproduktivität. Ulrich Schröder, der Wirtschaftsexperte der Westdeutschen Landesbank, unterstreicht das: „Es ist nicht genug (im Inland) investiert worden, um Deutschlands alte starke Position wiederzugewinnen“ (*Business Week*, 24. November 1980).

Außergewöhnlich ist an diesen heftigen Auslandsinvestitionen, daß sie sich nicht wie früher auf rückständige Billiglohnländer wie Brasilien konzentrieren. In der letzten Zeit sind fast die Hälfte aller deutschen Auslandsinvestitionen in die Vereinigten Staaten gegangen. 1978 und 1979 kauften Mannesmann, Thyssen, Daimler-Benz, Bayer, Hoechst und die Flick-Gruppe amerikanische Gesellschaften entweder ganz oder teilweise auf. Dieser „Kauf amerikanisch“-Boom ist teilweise von konjunkturellen Faktoren verursacht – die Talfahrt des Dollars seit den frühen siebziger Jahren, die Furcht vor protektionistischen Maßnahmen gegen deutsche Industrieprodukte. Auf der anderen Seite jedoch sind sogar die Vereinigten Staaten für den westdeutschen Kapitalismus bis zu einem bestimmten Grade so etwas wie ein Billiglohnland geworden. Die New York



Ausländische Arbeiter: Ohne sie hätte es das „Wirtschaftswunder“ nicht gegeben – heute sind sie Zielscheibe chauvinistischer Hetze

Militärputsch zugrunde liegt – ist ebenfalls eine direkte Konsequenz der „kostenlosen“ Lösung der westdeutschen Arbeitslosenprobleme. Dazu gehören auch die erheblichen finanziellen Schwierigkeiten des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates Jugoslawien, der möglicherweise bald seinen internationalen Bankrott erklären muß.

Durch den Export seiner „überschüssigen“ Arbeitskräfte konnte der westdeutsche Kapitalismus seine Fabriken besser modernisieren und so seine Produktivität mehr steigern als seine westeuropäischen und amerikanischen Konkurrenten. Auf diese Weise wurde die deutsche Arbeiterklasse in erheblichem Maße von der weltweiten kapitalistischen Stagnation (und Inflation) der späten siebziger Jahre ausgenommen. Zu der rigiden Sparpolitik von Giscard/Barre, Callaghan und nach ihm Thatcher und Jimmy Carter brauchte die Schmidt/Lambsdorff-Regierung nicht zu greifen. Von 1975 bis 1979 stiegen die realen Löhne der westdeutschen Industriearbeiter um 16 Prozent, während sie in Britanien und den USA fielen und in Frankreich stagnierten (ILO, *Yearbook of Labor Statistics*, 1980).

Aber heute kann der westdeutsche Kapitalismus diese nach 1975 angewandte Wirtschaftsstrategie nicht mehr wiederholen. Der Trick wird nicht mehr funktionieren. Besonders in der Schwerindustrie stellen die „Gastarbeiter“ heute einen erheblich kleineren Prozentsatz der gesamten Arbeiterschaft als im Jahre 1973. Viele von ihnen arbeiten in mies bezahlten Hilfsarbeiterjobs oder machen die Dreckarbeit (zum Beispiel Hotelgewerbe und Müllabfuhr), die die Deutschen nicht mehr machen wollen. Diesmal wird die weltweite Wirtschaftskrise das westdeutsche Proletariat mit voller Wucht treffen.

Gerade darin liegt der Grund für die wachsende Gefahr von chauvinistischen und rassistischen Angriffen auf die ausländische Bevölkerung. Wenn deutsche Arbeiter für vielleicht lange Zeit auf die Straße geschmissen werden, wenn die Unternehmer und sozialdemokratischen Bürokraten ihnen erzählen, daß die Wirtschaft die Lohnerhöhungen nicht mehr länger verkraften kann, wenn die Qualität der Schulen und Krankenhäuser immer deutlicher absackt, werden Faschisten und andere reaktionäre Demagogen für all diese Probleme die Türken, Jugoslawen, Italiener usw. verantwortlich machen. Rassistische Schmierereien wie „Asylkanaken aller Länder, verpößt euch!“ sind immer häufiger zu sehen. Die Ausländer werden zum Sündenbock für den

teresse“ liegt) soll nicht zuletzt dazu dienen, aus den Miesen herauszukommen. Leopard-Panzer für Saudi-Öl, U-Boote nach Chile, aber auch ein breites Spektrum von einträglichen Geschäften von Argentinien, Israel bis Malaysia läßt die Augen des Waffenproduzenten aufleuchten (und verstärkt die innerimperialistische Konkurrenz mit dem Nachbarland Frankreich).

In den letzten Jahren hat die japanische Industrie tiefe Einbrüche in die traditionellen westdeutschen Märkte im Inland und im Nahen Osten erzielt. Allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 1980 stiegen die EG-Importe von japanischen Autos und Fernsehgeräten um 46 Prozent (*Economist*, 8. November 1980)! Und die Märkte in der BRD blieben von dieser Invasion nicht verschont. Japanische Autoimporte, die vor nur zwei Jahren praktisch keine Rolle spielten, machen heute 10 Prozent aller in der BRD verkauften Autos aus.

Die Ursache für die Überlegenheit der Japaner ist einfach auszumachen. Die Stundenlohnkosten betragen ungefähr 60 Prozent von denen in der BRD. Die westdeutsche Industrie ist auf keinem Gebiet annähernd produktiv genug, um eine Lohndifferenz solchen Ausmaßes auszugleichen.

Arbeitshetze bei Opel



Klassenjustiz spricht Faschisten frei Kesim-Mörder in den Knast!



Über 1000 demonstrierten am 10. Januar in Westberlin gegen das empörende Urteil über die Mörder von Celalettin Kesim, der am 5. Januar 1980 bei einem Angriff der MHP auf Flugblattverteiler des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins (TDA) unter Rufen wie „Tod dem Kommunismus!“ kaltblütig erstochen wurde. Das Gericht sprach einen der beiden Angeklagten frei, der andere kam mit vier Jahren Freiheitsstrafe wegen „Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei“ mehr als glimpflich davon.

Dieses Schandurteil ist ein Freibrief für die fanatisch religiösen Mörderbanden und die faschistischen Grauen Wölfe, ihren Terror gegen türkische Arbeiterfamilien und die Linke fortzusetzen. Aber es ist auch ein erneuter Beweis für die selbstmörderische Konsequenz von Appellen an den bürgerlichen Staat, mit dem braunen Pack aufzuräumen. Der Westberliner Senat hatte schon im April mit seiner Aufforderung an acht türkische Organisationen, darunter der TDA, ihre Mitgliederlisten preiszugeben, demonstriert, daß er sich mit Verboten für „Extremisten“ nicht auf die Seite der Arbeiterklasse stellt. Daß die Justiz mit zweierlei Maß mißt, wird auch an dem jetzt laufenden Prozeß gegen vier TDA-Mitglieder deutlich, denen vorgeworfen wird, sich am 4. Januar an der Verhinderung einer Propagandaaktion türkischer Faschisten beteiligt zu haben. Nicht Verbotsforderungen an den Staat des Klassenfeinds, sondern gewerkschaftlich organisierte Verteidigungsgruppen werden die faschistische Brut zerschlagen!

Aber es geht hier um ein abscheuliches Verbrechen,

um Mord. Es ist notwendig, anhand der Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft selbst, zu fordern, daß die Killer hinter Gitter kommen. Nur das siegreiche Proletariat wird den Grauen Wölfen und den klerikalen Faschisten von Erbakan volle Gerechtigkeit für ihre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse zukommen lassen können.

Dieses Paradebeispiel bürgerlicher Klassenjustiz steht vor dem Hintergrund einer SPD/FDP-Regierung, die der Militärjunta in der Türkei massive finanzielle und militärische Hilfe zukommen läßt. Aber nicht nur Regierung und Justiz beziehen Seite für die geschworenen Feinde der Arbeiterbewegung: ÖTV-Chef Kluncker, der in seiner Funktion als Präsident der Internationale der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste kürzlich die Türkei besuchte, urteilte auch unter Hinweis auf den „notwendigen Kampf gegen den Extremismus“ über die brutale Herrschaft der türkischen Junta, die Tausende von Gewerkschaftern und Linken in ihren Gefängnissen foltert: „Vergleiche mit anderen Putschisten in der Welt, etwa in Südamerika, sind daher fahrlässig“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. Januar).

Und wo Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten sich um die „Stabilität“ der Türkei als NATO-Bollwerk gegen die Sowjetunion sorgen, da ist der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) nicht weit. Nach-

dem der KBW nach dem blutigen Putsch die „Unterdrückung terroristischer Aktivitäten ...“, d. h. willkürliche Verhaftungen und Folter gegen die Linke, und die „Abwehr der Aggressions- und Infiltrationsversuche der Sowjetunion ...“ den Menschenschlächtern der Junta positiv angerechnet hat (*Kommunistische Volkszeitung* Nr. 42, 13. Oktober 1980), nimmt er erneut die türkische Diktatur in Schutz: „Kluncker ... wies jedoch auf die Unterschiede zwischen der türkischen Militärregierung und anderen Militärregierungen hin. Sein Hinweis ist berechtigt“ (*Kommunistische Volkszeitung* Nr. 4, 26. Januar).

- Weg mit dem Schandurteil! Kesim-Mörder in den Knast!
- Freiheit für die inhaftierten TDA-Mitglieder! Einstellung des Prozesses!
- Zerschlagt die Grauen Wölfe und das übrige Faschistenpack durch gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen deutscher und ausländischer Arbeiter!
- Keine Ausweisung linker ausländischer Arbeiter und Studenten!
- Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter!
- Für Gewerkschaftsboykott von Militärgütern in die Türkei!
- Nieder mit der Junta! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in der Türkei!

ker Citibank schätzt, daß der durchschnittliche Stundenlohn für Beschäftigte in der Industrie 1979 in den USA 10 Dollar und in der BRD umgerechnet 11,50 Dollar betrug. Und deutsche Geschäftsleute glauben wohl, daß auch die Amerikaner, genauso wie die Japaner, leistungsfähiger sind. Das Volkswagen-Management behauptet, auch wenn es nur Propaganda für den Hausgebrauch ist, daß seine amerikanischen Arbeiter in Pennsylvania im Jahr 42 Tage länger arbeiten als ihre Kollegen in Wolfsburg.

Lohnkosten in Westdeutschland stehen heute gut über dem Durchschnitt der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Dieser Umstand verstößt gegen die erbarmungslosen Gesetze des kapitalistischen Weltsystems. Der sofortige Effekt ist das immer stärkere Eindringen der Japaner sowohl auf dem Weltmarkt als auf den Binnenmärkten und der Abfluß von deutschem Kapital ins Ausland. Auf nicht so lange Sicht muß die deutsche Bourgeoisie die Ausbeutungsrate ihres eigenen Proletariats steigern.

DM-Ostpolitik

Angesichts der Stärke der japanischen Konkurrenz, den emporschnellenden Ölpreisen und anderen Faktoren, die das Handelsbilanzdefizit verursachen, gewinnt der Handel mit dem Sowjetblock für den deutschen Kapitalismus immer mehr an Bedeutung. Denn dieser Handel wird nicht nur von Konkurrenzaspekten bestimmt, sondern auch von politischen Überlegungen.

Seit den Ostverträgen 1970–72 hat sich der westdeutsche Handel mit dem Sowjetblock verdreifacht. Diese enorme Zahl drückt dabei den strategisch wichtigen Wert dieses Handels nicht einmal exakt aus, da die Exporte sich in wenigen Branchen der Schwerindustrie konzentrieren. 1978 gingen zum Beispiel 13 Prozent aller Stahlröhren-Exporte und 11 Prozent aller Werkzeugmaschinen-Exporte in die UdSSR (*Handelsblatt*, 30. März 1980). Was die Importe betrifft, so ist die Sowjetunion zu einem wichtigen Rohstofflieferanten von Öl, Erdgas und Erzen geworden. Das westdeutsche Kapital hat seinen Vorteil aus den amerikanischen Sanktionen nach Afghanistan gezogen und seinen Handel mit der UdSSR ausgeweitet. In den ersten neun Monaten 1980 stiegen die Exporte um 30 Prozent (*Foreign Trade*, UdSSR, November 1980). Die BRD übertrumpfte so Japan als den Hauptlieferanten der Sowjetunion für Industrieprodukte. Die Krönung von Schmidts Treffen mit Breschnjew im letzten Sommer war ein Handelsabkommen über 20 Milliarden Mark, von Moskau als das „Geschäft des

Jahrhunderts“ bezeichnet. Die Deutsche Bank ist bei der Finanzierung federführend, Mannesmann liefert die Röhren und als Gegenleistung liefert die UdSSR 30 Prozent des westdeutschen Bedarfs an Erdgas. Bei den saftigen Preiserhöhungen für Öl aus dem Nahen Osten, ganz abgesehen von der ungewissen Lieferung, wird der deutsche Kapitalismus dieses Geschäft nicht so leicht aufgeben. Die „Bedenken“ der Berater des neuen US-Präsidenten Reagan wurden von Lamsdorff entschieden zurückgewiesen.

Zwar hat sich Bonn in den NATO-Chor der Warnungen und Provokationen über Polen eingereiht, aber es hat sich explizit nicht zu irgendwelchen wirtschaftlichen Sanktionen verpflichtet. Die Sanktionen Carters gegen die Sowjetunion im letzten Frühjahr wurden von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hans-Jürgen Wischniewski zurückgewiesen. Er erklärte: „Ich bin nicht bereit, bei einer Politik mitzumachen, mit der ich mein Land härter treffe als diejenigen, die getroffen werden sollen.“ Heute würden solche Sanktionen die westdeutsche Wirtschaft sogar noch härter treffen. Natürlich könnte die imperialistische Kriegshetze gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat weitaus mehr zerstören als nur die Wirtschaft. Im Dritten Weltkrieg wird Deutschland das Schlachtfeld sein.

Während der großen Depression und dem Aufschwung des Faschismus sprach Leo Trotzki von der dringenden Notwendigkeit, „die Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft ... mit den unmittelbaren Interessen des deutschen Proletariats, mit Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und der allgemeinen wirtschaftlichen Ausweglosigkeit Deutschlands zu verbinden“ (*Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*, 1932). Die Nachkriegsteilung Deutschlands hat der trotzkistischen Perspektive der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen dem Sturz des deutschen Kapitalismus und der proletarisch politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie eine sogar noch gewichtigere Bedeutung gegeben. Das ist der Ausweg aus der allgemeinen wirtschaftlichen Ausweglosigkeit, in der sich das westdeutsche Proletariat heute befindet.

Ähnlich dem verflorenen „schwedischen Modell“ geht das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ zu Ende; die Arbeiterklasse, die es mit ihrer Hände Arbeit überhaupt erst zustande gebracht hat, soll nun die Zeche zahlen. Aber das deutsche Proletariat wird das nicht hinnehmen, die Hoesch-Arbeiter zum Beispiel haben ihre Kampfbereitschaft bekundet. Auch die Postarbeiter haben mit ihrem Streik im letzten Herbst ihren Willen demonstriert, die Angriffe der herrschenden Klasse zurückzuschlagen. Da-

bei haben sie die Erfahrung gemacht, daß „ihre“ Partei, die SPD (in Koalition mit der bürgerlichen FDP), die sie wenige Wochen zuvor gerade erst gewählt hatten, ihnen als austeritätspolitische Scharfmacherin gegenüberstand.

Leonhard Mahlein, der sich links gebärdende Vorsitzende der IG Druck und Papier, sagte kürzlich über die Austeritätspolitik der SPD/FDP-Koalition: „Offensichtlich gehört es zum Zynismus der Macht, daß man vor den Wahlen anders redet, als man nachher handelt“ (*Frankfurter Rundschau*, 28. Januar). Es gehört allerdings zum bürgerlichen Parlamentarismus, aber man darf nicht vergessen, daß dieser Zynismus die Politik von Mahleins Partei ist, der Partei der Gewerkschaftsspitze. Klassenbewußte Arbeiter müssen die Lehren ziehen und mit der SPD brechen, wie auch mit den reformistischen Irreführern in den Gewerkschaften.

Die deutsche Arbeiterklasse ist potentiell die mächtigste in Westeuropa. Was sie braucht, ist eine Führung, die entschlossen ist, den Klassenkampf bis zur Erringung einer Arbeiterregierung fortzusetzen. Sie braucht weder Schmidts noch Loderers noch ihre linken Flankendeckungen wie Mahlein, sondern eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaftsbewegung und eine leninistische Avantgarde! ■

ABONNIERT!

SPARTAKIST 

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Abonnement (8 Nummern) 8,50 DM
Überseeabonnement (Luftpost) 10,- DM
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88–601 (W. Hohmann)

El Salvador...

Fortsetzung von Seite 12

die Oligarchie daran, eine gewählte „Reform“-Regierung zu stürzen. Im Januar 1932, nach einem Putsch durch General Maximiliano Hernández Martínez, plante die gerade gegründete salvadorianische Kommunistische Partei (PCS) einen Aufstand. Obwohl die PCS-Führung verhaftet (und später exekutiert) wurde, erhoben sich Plantagenarbeiter im westlichen El Salvador und wurden blutig niedergeschlagen. In den darauffolgenden Wochen erteilte Hernández den Arbeitermassen eine blutige „Lektion“, damit sie „an ihrem Platz bleiben“, und schlachtete 30 000 ab, ungefähr 3 bis 4 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes.

Das war *la mantanza*, die Antwort der salvadorianischen Bourgeoisie auf den ersten kommunistisch geführten Aufstand in Amerika. Niemand auf beiden Seiten der Klassenbarrikade hat das vergessen, und das Jahr 1932 ist auch heute noch die Parole der Hardliner in der herrschenden Klasse und der Armee. Als die Führer der FDR ermordet wurden, wurde das Verbrechen einer „Maximiliano-Hernández-Martínez-Brigade“ zugeschrieben. Ein Sprecher des Verbandes der Kaffeepflanzenbesitzer bemerkte kürzlich: „Die Kaffeepflanzer sollten sich über die heutige Situation nicht ängstigen, es gab eine ähnliche 1932, und wenn sie damals gelöst werden konnte, kann sie auch heute gelöst

Volksblock (BPR) verbunden, der größten und ursprünglich radikalsten der Koalitionen, die die meisten der organisierten Landarbeiter und die Lehrgewerkschaft um sich sammelte. Die zweite Guerillaorganisation ist die Revolutionäre Volksarmee (ERP), anfänglich eine guevaristische Gruppe, die aus dem linken Flügel der Christdemokraten entstanden war. Ihre „Volksorganisation“ ist die Volksliga des 28. Februar (LP-28), die unter den Ober- und Markthändlern starken Anhang besitzt. Die dritte Gruppe ist die FARN, eine Frontorganisation der Aktionsfront des Vereinigten Volkes (FAPU), die die größte Gewerkschaftsföderation, einschließlich der kämpferischen Gewerkschaft der Elektriker, kontrolliert.

Die unglaubliche Vielzahl von Fronten, Armeen, Parteien, Bündnissen usw. macht es extrem schwer, linke Politik in El Salvador zu entwirren. Man kann jedoch verschiedene Punkte festmachen. Erstens fußen die wichtigsten linken Gruppen auf Massenorganisationen von Arbeitern, Bauern und der armen Stadtbevölkerung mit Zehntausenden von Unterstützern. Dies unterscheidet sich erheblich von Nicaragua, wo die Strategie der bonapartistischen sandinistischen Kräfte darin bestand, die größten städtischen Zentren von außen zu erobern. Diese Massenmobilisierung ist einer der Gründe, weshalb die Imperialisten über eine Machtergreifung der Linken in El Salvador besorgt sind, als sie es über die Möglichkeit eines sandinistischen Sieges 1979 waren. Zweitens sind die politischen Differenzen

den. Als sich der General weigerte, wurde er am 15. Oktober 1979 durch einen Putsch gestürzt, der offensichtlich „made in USA“ war. Die Zusammensetzung der neuen Junta war ganz klar von Washington aus bestimmt worden, sie schloß „Gemäßigte“ wie Oberst Adolfo Majano ein, den Führer der Gruppe der „Jungen Offiziere“, als auch Reaktionäre wie Oberst Jaime Gutiérrez, der in dem Ruf stand, der Mann des Pentagon zu sein. Sie wurde von dem „sozialdemokratischen“ MNR-Führer vervollständigt, einem führenden Industriellen und dem Präsidenten der katholischen Universität.

Die Linke war anfangs durch das US-Manöver verwirrt. Aber kaum vereidigt, leitete die „Menschenrechts-Junta“ eine bis dahin nie dagewesene Welle von rechtem Terror ein. Die Armee, Polizei und paramilitärische Schlägerbanden liefen in den Slums und auf den Dörfern Amok und ermordeten Bauern und Linke in einem Maße, wie es selbst unter Romero nicht vorgekommen war. Als Antwort darauf begann sich die „Guerilla-Linke“ und ihre legalen „Volksorganisationen“ mit der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen, was zu der Formierung des Revolutionären Koordinationskomitees der Massen (CRM) im Januar letzten Jahres führte. Am 22. Januar veranstaltete die CRM zum Jahrestag des Aufstandes von 1932 eine gewaltige Gründungskundgebung in der Hauptstadt mit einer geschätzten Teilnehmerzahl von 200 000. Als die Menge auf den Plaza Central marschierte, begannen rechte Hecken-schützen von den Dächern des Präsidentenpalastes und der Bank von El Salvador aus mit Maschinenpistolen in die Menge zu feuern: über hundert Tote, dreihundert Verletzte ...

Zur Jahreswende fiel die Junta auseinander, als die reformorientierten Zivilisten ausstiegen. Der Erziehungsminister Samayoa schloß sich den FPL-Guerillas an (er wurde später gefangen genommen, und man hörte nie wieder etwas von ihm). Landwirtschaftsminister Alvarez Córdova nahm seinen Hut und gründete die Demokratische Front, die gemeinsam mit dem CRM die Revolutionäre Demokratische Front bildete. Und dieses „schwarze Schaf“ von einer der 14 Familien wurde zum nominellen Führer der oppositionellen Volksfront. Sie wurden durch noch mehr Christdemokraten ersetzt. Aber das Töten ging weiter.

Während die Junta im März ihre „Agrarreform“ mit dem damit verbundenen Terror durchführte, steigerten die linken Guerillas ihre Überfälle auf die Streitkräfte der Regierung. In den Städten erreichten die immer größer werdenden Demonstrationen mit einem erfolgreichen zweitägigen Generalstreik, der San Salvador wirklich dicht machte, im Juni ihren Höhepunkt. Aber schließlich begann der massive Aderlaß die Unterstützer der Linken einzuschüchtern und von den andauernden Märschen in das tödliche Maschinengewehrfeuer abzuhalten. Mit dem Versuch eines Generalstreiks im August gelang es nicht, die Geschäfte oder den Massenverkehr in die Hauptstadt dichtzumachen. Zerwürfnisse in der Opposition führten zum Rückzug der FARN-Guerillas aus dem Guerilla-Oberkommando, angeblich um ein Bündnis mit den liberalen Offizieren um Oberst Majano zu suchen.

Mittlerweile waren die „Jungen Offiziere“ innerhalb der Streitkräfte isoliert, ihre Mitglieder aus den Stabspositionen entfernt und Majano aus der Junta hinausgeworfen



Linke Aufständische im Norden El Salvadors

werden“ (*NACLA Report*, März/April 1980). Und diesmal bedeutet die „Lösung“, von der sie sprechen, 100 000 Tote.

Waffen ersetzen Wahlen

Der Ursprung der gegenwärtigen politischen Krise kann direkt zurückgeführt werden auf den beträchtlichen Wahlbetrug, durch den 1972 und 1977 den Christdemokraten (PDC) zwei Wahlsiege gestohlen wurden und der die Aufeinanderfolge von repressiven Militärregierungen unter dem militärischen Hardliner General Carlos Romero sicherte. Mit der andauernden Verhinderung von liberalen Reformbemühungen wuchs sowohl in den Städten als auch auf dem Land sehr schnell eine radikale linke Opposition.

Drei verschiedene Guerilla-„Armeen“ entstanden, jede mit ihrem eigenen Bündnis, gestützt auf eine Massenbasis. Die erste, die Volksbefreiungsfront (FPL), wurde durch Salvador Cayetano gegründet, einen ehemaligen Führer der Kommunistischen Partei, der mit der PCS brach wegen ihrer passiven Unterstützung El Salvadors im „Fußballkrieg“ mit Honduras 1969. Die FPL ist mit dem Revolutionären

hauptsächlich taktischer Natur und selbst dann noch undurchsichtig. Außerdem sind sie ständig Veränderungen unterworfen, so daß die Gruppen sehr leicht von einem Bündnis zum anderen überwechseln und der gestrige linke Flügel plötzlich den rechten bildet. Obwohl die Parole heute „Einheit“ lautet, können die salvadorianischen Fraktionskämpfe tödlich sein: als das prominenteste Mitglied der ERP, der bekannte linke Dichter Roque Dalton, sich 1975 der „militaristischen“ Linie seiner Organisation widersetzte, wurde er von seinen „Genossen“ hingerichtet. Und vor allem hat keine der Gruppen der „linken Guerilla“ – und das war auch nicht anders vor ihrem allgemeinen Rechtsruck seit 1979 – ein Programm und eine Strategie für die proletarische Revolution in Mittelamerika. Alle stützen sich auf ein eklektisches Gemisch aus radikalem Nationalismus und verschiedensten Varianten der stalinistischen reformistischen „Revolution in Etappen“.

Anfang und Mitte der siebziger Jahre unternahm die Guerilla-Gruppen eine ganze Reihe von Entführungen, Rundfunksender- und Botschaftsbesetzungen und Attentate auf verhaßte Militärs und Kapitalisten. Die Entführungen erwiesen sich als höchst ergiebig – das Lösegeld etwa für den Kaffeearon Jaime Hill betrug 8 Millionen Dollar – und allein die FARN ergattete zwischen 1975 und 1979 ungefähr 40 Millionen Dollar (Harald Jung, „Class Struggles in El Salvador“, *New Left Review* Juli/August 1980). In der Zwischenzeit führten 1978 die fallenden Kaffeepreise und eine schlechte Ernte zu Unruhen auf dem Land, während in San Salvador die Streiks zunahm. Die Reaktionäre antworteten mit blutigem Terror. Als die BPR im Mai 1979 die Basilika der Hauptstadt besetzte, mähete die Polizei die Demonstranten auf den Stufen der Kathedrale nieder, wobei über zwei Dutzend getötet wurden. Aber die Demonstrationen gingen weiter.

„Junta der Menschenrechte“

Offensichtlich verfehlte der weiße Terror des Generals Romero seinen Zweck, die Flut von Unruhen der Arbeiter und Bauern aufzuhalten. Genau an diesem Punkt trat Jimmy Carters „Menschenrechts“-Administration auf den Plan. Kurz nach dem Fall Somozas schickte Carter den Lateinamerikaexperten des State Department, William Bowdler, nach El Salvador, um Romeros Rücktritt zu for-

TLD-Kontaktadressen

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

WESTBERLIN: Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11

worden. (Wie jeder andere ehemalige Regierungsführer ging er sofort in den Untergrund.) Der Pentagon-Mann Gutiérrez ist jetzt „Vizepräsident“ und alleiniger Armeeführer, während der PDC-Führer Napoleón Duarte als Gallionsfigur zum Präsidenten wurde. (Die Zustimmung zu diesem Arrangement, dem letzten Stand in diesem „schleichenden Coup“, war die Hauptaufgabe der US-Sonderkommission, die angeblich die Ermordung der amerikanischen Nonnen untersuchen sollte.) Die salvadorianische herrschende Klasse schloß ihre Reihen um ihre militärischen Beschützer; ein Dokument der „Unternehmer-Allianz“, das Reagan-Beratern übergeben wurde, konstatierte: „Die einzige Lösung für dieses Problem ist die militärische Vernichtung der Kommunisten ...“ Die FARN kehrte, nachdem ihr Versuch, mit einigen dissidenten bürgerlichen Kräften zu klüngeln, gescheitert war, wieder in die Guerilla-Führung zurück. Die „letzte Offensive“ wurde verkündet.

Für eine Arbeiterrevolution in Mittelamerika!

Jetzt, wo Majano aus der Junta ausgeschlossen ist und Aufrufe verbreitet, sich der Junta „mit allen möglichen Mitteln“ entgegenzustellen, könnte die FDR-Volksfront, die große Teile der Kleinbourgeoisie und einige bürgerliche Figuren umfaßt, liberale Unterstützung bekommen. Wenn sich jedoch einige Oberste unter dem Vorzeichen der „Modernisierung“ oder Erzbischof Rivera y Damas mit der lin-

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.

– 25,- DM for 24 issues – AIRMAIL
– 8,- DM for 6 introductory issues –
AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Die Verteidigung von Kuba und der UdSSR beginnt in El Salvador!

Am 31. Januar demonstrierten 20 000 in Frankfurt ihre Solidarität mit den linken Aufständischen in El Salvador, ca. zehnmal so viele, wie von den Veranstaltern (und der verunsicherten Polizei) erwartet worden sind.

Aufgerufen hatten neben dem El-Salvador-Komitee Organisationen von DKP bis KBW und KB, von den Jusos bis zu den Grünen, außerdem linke ausländische, vor allem türkische, Organisationen. Die Initiatoren unterstützen das Programm der kleinbürgerlich-nationalistischen Befreiungsbewegung, die Arbeiter und Bauern an „demokratische“ Militärs und Kapitalisten zu binden, sie forderten, „die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und die revolutionäre Demokratische Front (FDR) als die einzig legitimen politischen Vertretungen des Volkes von El Salvador anzuerkennen“.

Der kämpferische Block von ca. 40 TLD-Unterstützern demonstrierte dagegen unter Parolen der proletarischen Unabhängigkeit: gegen die Volksfrontpolitik, die die Massen in El Salvador vor dem weißen Terror entwapfen; für den militärischen Sieg der linken Aufständischen; für Ar-

USA/OAS: Hände weg!

beiterrevolution in El Salvador und Zentralamerika. TLD-Sprechchören wie „Arbeiter in jedem Hafen, boykottiert die Mörderwaffen“ und „Kein U-Boot nach Chile, kein Panzer in die Türkei“ schlossen sich zeitweise Genossen der GIM und des Spartacusbundes an, sowie andere Demonstranten, die teilweise unseren Block verstärkten.

Dagegen rief unsere Parole „Nieder mit der NATO! Verteidigt Kuba und Sowjetunion!“ sowie „Die Verteidigung von Kuba und der Sowjetunion beginnt in El Salvador“ antikommunistische Proteste und Pfuirufe bei den stark sozialdemokratischen – teilweise pa-

ken Guerilla verbünden, dann nicht mit dem Ziel, dem revolutionären Kampf zu helfen, sondern um als Bremse zu wirken, die garantieren soll, daß er im Rahmen des Kapitalismus bleibt. Das ehemalige Junta-Mitglied Majano trägt die Mitverantwortung (nicht weniger als die widerlichen christdemokratischen Politiker) für die über 9000 durch rechten Terror Ermordeten im letzten Jahr. Er ist ein Todfeind der salvadorianischen arbeitenden Massen. In der Opposition trachten er und seine Offizierskameraden nur danach zu verhindern, daß der bewaffnete Kampf „zu weit geht“. Sie und die bürgerlichen Kräfte in der Demokratischen Revolutionären Front versuchen vor allem, das blutbefleckte Offizierskorps und das Privateigentum vor der Zerstörung zu bewahren.

Immer wieder ist seit dem Putsch im Oktober bewiesen worden, daß die Volksfrontpolitik den Kampf gegen den konterrevolutionären Terror der Generale lähmt und in die Irre führt. Nach dem Sturz Romeros versuchte die neue Junta, die Linke zu neutralisieren und sogar auf ihre Seite zu ziehen. Es ist ihnen auch fast gelungen. Die PCS trat dem Kabinett bei. Die LP-28 gab für kurze Zeit eine bedingte abwartende Unterstützung. Die BPR forderte die Junta auf, ihre Versprechungen auszuführen und trug so dazu bei, Illusionen zu verbreiten, daß sie das könnte oder wollte. Später scheiterte der Generalstreik im August (jedenfalls als Streik), teilweise weil die kleinbürgerlichen Elemente der FDR ihre Läden offen hielten und die Busse fahren ließen. Nach diesem Rückschlag spaltete sich die FARN, um nach einer machtvolleren Unterstützung durch bürgerliche Kräfte zu suchen. Der Rest der Linken setzte auf internationale diplomatische Unterstützung, indem sie zum Beispiel solche bürgerlichen Gallionsfiguren wie den Führer der FDR, Alvarez Córdova, auf Reisen schickten; er wurde später durch rechte Todeskommandos ermordet. Beide Bemühungen scheiterten. Aber die Klassenkollaboration war der Grund für die Lähmung der Linken angesichts des immer heftiger werdenden konterrevolutionären Blutbades.

Der Nationalismus steht ebenfalls dem Sieg über die uniformierten Schlächter im Weg. Die mittelamerikanischen winzigen Staaten, die aus der Kolonialherrschaft als ein einziger Bundesstaat hervorgegangen waren, sind niemals als unabhängige ökonomische oder politische Gebilde lebensfähig gewesen. Jeder hat seine eigene Ölsaffinerie, aber keiner ist wirklich industrialisiert, und die Bananen kriegten die Yankees. Die herrschenden Klassen sind sich jedoch immer sehr schnell einig, wenn es darum geht, den

TLD-Block auf nationaler El Salvador-Demonstration in Frankfurt

zifistischen und auch christlichen – Demonstranten hervor. Klar, daß es kein Kunststück ist, für die „Selbstbestimmung“ El Salvadors einzutreten, wenn dies auch die Lösung der SPD ist und die Friedrich-Ebert-Stiftung die FDR unterstützt.

Aber El Salvador ist der Testfall für Reagans neue außenpolitische Offensivpolitik. El Salvador ist der erste Domino in Reagans eigener „Dominotheorie“ – dieser Weg führt dann schnurstracks über Nicaragua und Kuba zum Konflikt mit der Sowjetunion. Aber die Sowjetunion ist kein „Domino“, Herr Reagan!

Die Initiatoren der Demonstration machten ihre Gelüste deutlich – ihre eigene Variante von Volksfrontpolitik für Westdeutschland: „Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, bei ihrem NATO-Partner USA deutlich zu machen, daß die fortgesetzte Einmischung in die inneren Verhältnisse in El Salvador in der Bundesrepublik mißbilligt und scharf verurteilt wird.“ Das bedeutet die Absegnung der Bestrebungen der SPD/FDP-Regierung, als Sachwalter des westdeutschen Imperialismus mit „demokratischen“ Methoden (im Gegensatz zur militärischen Gewalt eines Reagan) dafür zu sorgen, daß der Kampf in El Salvador im Rahmen des Kapitalismus bleibt.

Die linken Organisatoren, die an der Demonstration teil-

Kapitalismus vor dem Gespenst des Kommunismus zu verteidigen. Der CIA-Putsch gegen die bürgerlich-nationalistische Arbenz-Regierung in Guatemala wurde von Honduras aus gestartet. Somoza gestattete der Schweinebucht-Expedition, von Nicaragua aus zu starten, nach ihrem Training in Guatemala. Heute dienen ehemalige Somoza-Truppen in El Salvador und einige Tausend mehr stehen als Reserve in Honduras, das gerade einen lange verzögerten Friedensvertrag mit El Salvador unterzeichnete, um die Überwachung der Grenze gegen die Guerillas zu erleichtern.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit einer imperialistischen Intervention und um auch nur ihre „eigene“ Bourgeoisie zu besiegen, werden alle Kräfte, die in Mittelamerika für eine proletarische Revolution kämpfen, eine Niederlage einstecken, wenn sie sich an die künstlich gezogenen Grenzen halten. Die Grenzen von El Salvador oder Nicaragua sind weitaus schlechter zu verteidigen als die Küsten Kubas, und sogar dort versuchte der US-Imperialismus eine konterrevolutionäre Invasion. Das notwendige Ziel einer revolutionären Mobilisierung der arbeitenden Massen in ganz Mittelamerika wird durch die Klassenkollaboration der salvadorianischen Guerillas und der nicaraguanischen Sandinistas verhindert. Sie suchen nach einem Modus vivendi mit der „nationalen“ Bourgeoisie und weigern sich, den Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter auf eine internationale Ebene zu heben: daher auch das Fehlen von substantieller militärischer Unterstützung der Sandinistas für die salvadorianischen Rebellen.

Das trotzkistische Programm der permanenten Revolution – nicht für einen schein-„demokratischen“ Kapitalismus, sondern für eine Arbeiter- und Bauernregierung, die die Bourgeoisie enteignet – ist das einzige Banner, unter dem Mittelamerika von Militärherrschaft, oligarchischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung befreit werden wird. Dieses Programm steht in scharfem Gegensatz zu allen Variationen des nationalistischen Populismus und stalinistischen Reformismus in der salvadorianischen Linken. Die größte vorgeblich trotzkistische Gruppierung der Welt, fälschlicherweise „Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale“ genannt, hat jedoch das Programm der FDR-Volksfront unterstützt. Dieses Programm fordert eine „vom Volk getragene, demokratische und antioligarchische (das heißt nicht sozialistische) Revolution und appelliert an die „gesunden, patriotischen und wertvollen Elemente, die zur gegenwärtigen Armee gehören“ – zum Beispiel die Offiziere wie Majano (*Intercontinental Press*, 5. Mai 1980).



Spartakist Foto

nahmen, schienen sich unter der Schirmherrschaft der SPD (Hauptsprecher auf der Abschlußkundgebung auf dem Paulsplatz war Karsten Voigt, SPD-Bundestagsabgeordneter) recht wohlzufühlen. Die GIM bestach mit gelbem Organisationsbanner und wie immer kritikloser „Solidarität“ mit der Bewegung. Der Spartacusbund propagierte „ein politisch/militärisches Bündnis mit der FDR/FMLN“, unfähig zu kapieren, daß gerade der politische Bruch mit der Volksfrontpolitik mit den „demokratischen“ bürgerlichen Politikern und „progressiven“ Obersten – eine Frage von Leben oder Tod für Tausende darstellt. Und der KBW bewies erneut, daß sein Vertrauen in bürgerlich-demokratische Losungen grenzenlos ist. Ungeachtet der Tatsache, daß ein blutiger Bürgerkrieg mit tiefer Klassenpolarisierung in El Salvador tobt, forderte er das „Selbstbestimmungsrecht für El Salvador“.

Es ist notwendig, den tausenden ernsthaft antiimperialistischen Demonstranten klarzumachen, daß die demokratisch-liberale Politik der SPD-Linken und der Opportunisten gegen Reagans „Roll back“ letztlich eine Sackgasse ist, die nur in der Anklammerung an die eigene imperialistische SPD/FDP-Regierung endet. Die Massen Zentralamerikas brauchen eine Arbeiterrevolution – nicht Schmidt/Genschers Zuckerbrot anstelle von Reagans Peitsche. ■

Zwei kleine pseudotrotzkistische Gruppen in El Salvador, die morenistische PST und die ehemals lambertistische OSI, erheben als eine ihrer zentralen Losungen in der gegenwärtigen revolutionären Krise die Forderung nach „einer freien, demokratischen und souveränen Konstituante“ (*Correspondance Internationale*, Oktober 1980). Aber noch nicht einmal bürgerliche Liberale rufen heute nach einer Konstituante, zu einer Zeit, wo die Bildung von Sowjets, den Machtorganen der Arbeiter, auf der Tagesordnung steht. Genauso wie beim Vereinigten Sekretariat ist das Hauptziel der PST, ausreichend Gewicht zu erlangen, um in die Guerilla-Führung (DRU) eintreten zu können. Aber der Kampf für den Trotzkismus ist nicht ein Kampf, um sich mit den Volksfrontpolitikern zu vereinigen, sondern um sie politisch zu besiegen, indem man die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse um das kommunistische Programm und den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Lateinamerika durchführt.

USA/OAS/lateinamerikanische bürgerliche Herrscher: Hände weg von El Salvador! Keine imperialistische Intervention! Für gewerkschaftlichen Boykott aller Militärgüter an die mittelamerikanischen reaktionären Regime! Für den militärischen Sieg der linken Aufständischen! Für eine trotzkistische Partei! Für Arbeitersowjets – Für Arbeiter- und Bauernregierungen in El Salvador und in ganz Mittelamerika!

Nach Workers Vanguard Nr. 271, 2. Januar

Abonnement
4 Nummern
DM 6,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47,
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 119 88-601
(W. Hohmann)

Women and Revolution

Journal of the Women's Commission of the Spartacist League, 1981-1982

Reagan, Religion
and Reaction

Carter Paved the Way... 4

Fake Left Hails
Holy Mother Russia's
Daughters... 8

Lasch and Backlash

Haven in a Heartless World:
A Review... 14

Spartacist Campaign Says:
Enough! It's Time For
a Workers Party!... 24

SPARTAKIST

Volksfrontpolitik entwaffnet die Massen

Für Arbeiterrevolution in El Salvador!

In El Salvador tobt schon seit Monaten ein Bürgerkrieg. Das Land, das sozial zutiefst polarisiert ist und von einer fast nicht mehr zu beschreibenden blutigen reaktionären Terrorwelle erschüttert wird, befindet sich in einer Schlacht auf Leben und Tod. Auf der einen Seite steht ein verhaftetes, von den USA gestütztes Regime, das die Privilegien und die Herrschaft einer eng miteinander verknüpften Oligarchie verteidigt. Auf der anderen Seite kämpfen die ausgebeuteten Arbeiter und Bauernmassen, die nun schon seit einem halben Jahrhundert unter der längsten ununterbrochen andauernden Militärdiktatur Lateinamerikas zu leiden haben. Carters Plan, die explosive Lage in El Salvador durch die Einsetzung einer „Junta der Menschenrechte“, die einige kosmetische Reformen durchführte, zu entschärfen, ist gescheitert. Die gegenwärtige Konfrontation kann nur entweder zu einem Sturz der mörderischen Generale oder zu einem reaktionären blutigen Massaker führen, möglicherweise mit direkter Unterstützung durch eine Intervention des US-Imperialismus. Ein Sieg hängt von der Mobilisierung der Kräfte und Entschlossenheit der Massen ab, die Henker in Uniform durch eine proletarische Revolution für immer davonzujagen, statt sie lediglich durch eine neue Clique von „demokratischen“ bürgerlichen Herrschern zu ersetzen.

Aber genau darauf zielt die Führung der salvadorianischen Opposition ab. Anfang Januar starteten die Guerillas eine „Generaloffensive“, um die kommende Reagan-Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nachdem jedoch die Offensive nach etwa zwei Wochen steckenblieb, wandten sich die Aufständischen mit einem Verhandlungsangebot an die USA, in dem sie unter anderem eine „Reorganisation“ der Junta und der Armee sowie freie Wahlen forderten. Aber gegenüber diesem Anbiederungsversuch zeigte Reagan, der ganz Mittelamerika ins Visier genommen hat, um jedweder „terroristischer und kommunistischer“ Bedrohung den Garaus zu machen, nur die kalte Schulter. Das Verhandlungsangebot wurde noch am gleichen Tag vom amerikanischen Außenministerium mit dem Hinweis beantwortet, „es gebe nichts zu verhandeln“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. Januar).

Reagan möchte Moskau in Mittelamerika eine „blutige Warnung“ erteilen. In seiner antisowjetischen Dämonologie sind die USA „der letzte Domino“ und ist El Salvador die Frontlinie im Kampf gegen kommunistischen „Expansionismus“. „Können wir zulassen, daß Nicaragua und El Salvador alle zusätzliche ‚Kubas‘ werden, neue Außenposten für sowjetische Kampfbrigaden?“, fragte er während seiner Wahlkampagne. Eine US-Intervention in El Salvador wird sich nicht nur gegen die mittelamerikanischen Arbeiter und Bauern richten, sondern vor allem gegen die UdSSR. Die Verteidigung Kubas und der Sowjetunion beginnt in El Salvador!

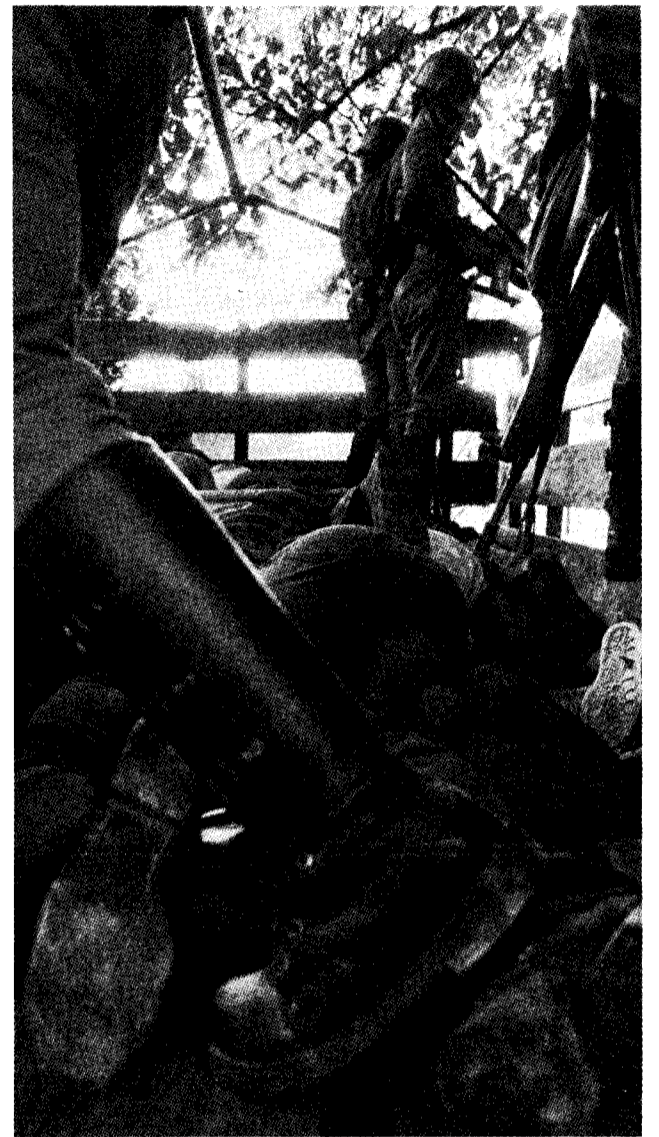
Mittlerweile läuft der Massenterror der antikommunistischen Schlächter auf Hochtouren. Das Schreckgespenst eines „zweiten Kubas“ in „Amerikas Hinterhof“ veranlaßte die amerikanischen Republikaner, den salvadorianischen Militärs zu bedeuten, daß sie freie Bahn haben und jedwede benötigte Militärhilfe zur Niederschlagung der Linken erhalten werden. Während seiner Wahlkampagne wurde Reagan gefragt, ob er die Ledernacken nach Mittelamerika schicken würde, und er antwortete trocken, „man soll niemals nie sagen“. Die Gefahr ist sehr real, daß El Salvador das Opfer einer US-Intervention à la Santo Domingo wird, möglicherweise mit einer „interamerikanischen“ Unterstützung durch El Salvadors benachbarte Diktaturen Guatemala und Honduras. Denkbar wäre auch eine Beteiligung der respektableren Regime wie Venezuela, Kolumbien oder Costa Rica, deren Truppen Berichten zufolge an ge-

meinsamen Manövern mit den USA – Deckname Operation Centaur – auf der puertoricanischen Insel Vieques teilgenommen haben. Ein „Dissent Paper on El Salvador and Central America“, ein offizielles Dokument, das kürzlich an die Öffentlichkeit durchsickerte, enthüllt, daß bereits unter Carter Pläne für eine solche „friedenssichernde“ imperialistische Aktion sehr weit gediehen waren.

Guerilla-Führer warnen, eine US-Intervention würde El Salvador in ein „zweites Vietnam und ein Grab für die Yankee-Ledernacken“ verwandeln. Angesichts der militärischen Überlegenheit der Junta, den ungünstigen geographischen Gegebenheiten für einen Guerillakrieg, der beträchtlichen Truppenstärke der Armee und des (bis jetzt) erbitterten Widerstands einer mit dem Rücken zur Wand stehenden Bourgeoisie wird das keine leichte Aufgabe sein. Aber die salvadorianischen Massen haben keine andere Wahl – Passivität hat die sich eskalierenden Massaker nicht stoppen können. Wenn sich die Arbeitermassen, von den Kaffeeplantagen auf den westlichen Hügeln bis zu den Fabriken und Slums von San Salvador, zu einem allumfassenden Aufstand erheben, können sie den weißen Terror besiegen. Man erinnere sich nur an die ersten Tage des spanischen Bürgerkriegs, wo fast unbewaffnete Arbeiter mit Erfolg franquistische Festungen stürmten. Selbst wenn es der salvadorianischen Arbeiterklasse nicht gelingen sollte, sich bis zur Errichtung ihrer eigenen Klassenherrschaft durchzukämpfen, wird eine radikale plebejische Erhebung gegen die mörderische Junta dazu führen, – wenn auch nur minimal – die abscheulichen Verbrechen dieser Schlächter und ihrer nach Dollars lechzenden oligarchischen Gönner zu rächen!

Die Schlacht kann jedoch nicht auf das kleine El Salvador, den „pulgarcito“ (Däumling) des amerikanischen Kontinents beschränkt werden. Um die Folter und Mordlust der salvadorianischen *gorilas* und ihrer Yankee-Paten zu stoppen, muß die gesamte mittelamerikanische „Wespentaille“ durch die proletarische Revolution entflammt werden. Dies würde das kleinbürgerliche bonapartistische Sandinista-Regime in Managua dazu zwingen, sich dem Dilemma zu stellen, dem es aus dem Weg gehen wollte: entweder scharfer Bruch mit der Bourgeoisie und Bewaffnung der salvadorianischen Linken oder Kapitulation vor dem imperialistischen Druck und damit wahrscheinlich auch die Besiegelung seines eigenen Schicksals. Eine solche revolutionäre Welle würde auch die Verbindung mit dem potentiell sehr mächtigen mexikanischen Proletariat schaffen, genau das, was die Imperialisten fürchten. Die Gewerkschaften der gesamten Hemisphäre, besonders in den USA, müssen durch militante Aktionen ihre Solidarität zeigen. Der Boykott von Waffenlieferungen nach El Salvador durch die Gewerkschaft der Hafearbeiter an der amerikanischen Westküste – wenn auch bis jetzt nur auf dem Papier – weist in die richtige Richtung.

„El Salvador ist weitaus schärfer zwischen rechts und links polarisiert als Nicaragua“ schrieb die *New York Times* in einem Kommentar vom 24. Dezember. Und sie hatte recht. In El Salvador geht die Schlacht nicht gegen einen einzelnen Tyrannen, der sogar maßgebliche Teile der Bourgeoisie zum Gegner hatte, sondern es handelt sich um einen viel klareren Kampf, in dem sich die ausgebeuteten Massen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter stellen. Aber die Linke in El Salvador hat wiederholt versucht, den Abgrund zwischen den sich gegenüberstehenden Klassen zuzukleistern, indem sie einen „nationalen“ und „patriotischen“ Kampf für die „Demokratie“, nicht den Sozialismus, proklamierte und dadurch die Arbeiter an die „progressiven“ bürgerlichen Kräfte zu ketten versuchte. Die verräterische Volksfrontpolitik blockiert bereits die Massenkämp-



fe gegen den Terror der Generale. Und während der Kampf sich dem Höhepunkt und der Entscheidung nähert, steht diese Politik der Hauptaufgabe im Weg: der Spaltung der Armee, aber nicht zwischen „demokratischen“ und „faschistischen“ Offizieren, sondern zwischen den proletarischen und bäuerlichen Soldaten und einem Offizierskorps, das sich (selbst seine liberalsten Elemente) für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft einsetzt. Vor diesem Hintergrund ist das Programm der Agrarrevolution, die Enteignung der Latifundien und der Kaffeebarone, der Schlüssel für die Gewinnung der Bauernjugend, die in die Armee eingezogen worden ist.

Das Vorbild für die salvadorianische Linke war der Sturz von Nicaraguas blutigem Tyrann, Anastasio Somoza, durch die radikalen kleinbürgerlichen sandinistischen Guerillas im Juli 1979. Sie haben sogar ihre gemeinsame militärische Führung nach dem Muster der nicaraguanischen FSLN aufgebaut und sie „Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN) getauft, nach einem salvadorianischen Militanten, der gemeinsam mit Augusto Sandino in den zwanziger Jahren in Nicaragua diente und später im Jahre 1932 zum Märtyrer des von Kommunisten geführten Aufstands in El Salvador wurde. Aber im Unterschied zu den Sandinistas stehen die salvadorianischen Arbeiter und Bauern nicht der zerbröckelnden Macht eines verhafteten Diktators gegenüber, der die einheimische Bourgeoisie vor den Kopf gestoßen und die Nationalgarde in seine Leibwache umgewandelt hatte. In El Salvador stützt sich die herrschende Klasse auf eine Oligarchie von Großgrundbesitzern, den sogenannten „14 Familien“, die einmütig seit mindestens einem halben Jahrhundert die nackte Militärrherrschaft unterstützen, um ihre ökonomische Vorherrschaft zu erhalten.

Das „goldene Zeitalter“ der Kaffeearistokratie brach im Jahre 1929 mit Getöse zusammen. Der Zusammenbruch des Weltmarktes traf die salvadorianischen Landarbeiter mit Massenarbeitslosigkeit. Zur selben Zeit machte sich

Fortgesetzt auf Seite 10